

AFRIKA-HAUS BERLIN seit 1993

Bochumer Str. 25 | 10555 Berlin | Tel.: 030 392 20 10
afrikahaus@t-online.de | www.afrikahaus-berlin.de



AFRIKA MITTEN IN BERLIN



Entwicklungspolitischer Diskurs im Afrika-Haus

Gefördert von Engagement Global (AGP, FEB)
Im Auftrag des BMZ

und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)
beim Berliner Senat für Wirtschaft, Energie und Betriebe

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

be  **Berlin**

2019

INHALT

VORWORT: Afrika MITTEN in Berlin 2019	2
BERLINER AFRIKAKREIS: Die zukünftige Afrikapolitik Deutschlands	3
PROF. DR. ULF ENGEL: Die zukünftige Afrikapolitik Deutschlands – Perspektiven für den Bereich „Frieden und Sicherheit“	5
BUCHVORSTELLUNG: Mahatma Gandhis „Satyagraha“-Konzept des gewaltfreien Widerstands in Südafrika	9
BERLINER AFRIKAKREIS: Flucht und Migration nach Südafrika	13
PODIUMSDISKUSSION: Zwischen Panikmache und Zweckoptimismus – Wie soll die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europa und Afrika aussehen?	18
MICHAEL REBIEN: Bildung ist der Schlüssel zu Afrikas Zukunft	21
BERLINER AFRIKAKREIS: Promoting Good Governance in Africa – Three Popular Misconceptions	24
BUCHVORSTELLUNG: Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses	27
PODIUMSDISKUSSION: Afrikas kontinentale Freihandelszone (CFTA)	31
PROF. DR. ROBERT KAPPEL: „Die Länder müssen viel tun, damit sie wettbewerbsfähig bleiben“ – Ein Interview	35
PROF. DR. HELMUT ASCHE: Eine afrikanische Freihandelszone?	39
DR. EVITA SCHMIEG: Die afrikanische Freihandelszone – (K)ein Anlass für europäischen Aktionismus	42
PROF. DR. ANDREAS FREYTAG: Wird die umfassende afrikanische Freihandelszone den Kontinent beflügeln?	44
LERN- UND ERINNERUNGORT Georg Adolf Christiani: Eröffnung	47
PODIUMSDISKUSSION: Koloniales Erbe und kultureller Zusammenhalt	51
DR. JOACHIM ZELLER: Berlin dekolonisieren – Das Afrika-Haus präsentiert die Dauerausstellung „Berlin – ein postkolonialer Erinnerungsraum“	50
OLIVER NOFFKE: Die Museen und ihr koloniales Erbe – Die Überwindung der Berlinisation	55
BUCHVORSTELLUNG: Über Rassismus und Widerstand – Eine US-amerikanisch-deutsch-äthiopische Lebensgeschichte	59
PODIUMSDISKUSSION: Dem Klimawandel begegnen – Afrikanische Perspektiven	63
WEITERE VERANSTALTUNGEN mit entwicklungspolitischem Bezug	67
WEITERFÜHRENDE BUCHTIPPS	75
IMPRESSIONEN	77
IMPRESSUM	83

VORWORT

Afrika MITTEN in Berlin 2019

Farafina Afrika-Haus e. V. ist ein gemeinnütziger Verein und fungiert als Träger des Afrika-Hauses. Der Verein versteht sich als Mittler zwischen den Völkern und möchte insbesondere das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur sowie den gegenseitigen Respekt vor nationalem, kulturellem und religiösem Selbstverständnis fördern.

Das Afrika-Haus hat sich seit seiner Gründung am 6. November 1993 zu einer Institution entwickelt, die über die Grenzen der Hauptstadt hinaus als Ort für transkulturelle Begegnung und politische Bildung Anerkennung findet. Bis zu 80 Gästen bietet die Einrichtung regelmäßig Raum für Diskussionsrunden, Filmvorführungen, Buchpräsentationen, Theateraufführungen, Ausstellungen, musikalische Darbietungen oder Workshops. Die Räumlichkeiten des Afrika-Hauses stehen auch anderen Organisationen zur Verfügung. Damit ist eine gute Vernetzung gegeben.

Die Veranstaltungsreihe „AFRIKA MITTEN IN BERLIN“ bildet einen wesentlichen Baustein im Gesamtkontext der Arbeit des Afrika-Hauses. Ziel ist es, Transparenz zu schaffen, das Wissen über den afrikanischen Kontinent sowie über die Beziehungen zwischen Europa und Afrika auszubauen sowie den interkulturellen Austausch zu fördern. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die entwicklungspolitischen Veranstaltungen, ergänzt durch spannende und wissensfördernde Hintergrundberichte.

Am 15. November 2019 fand die Eröffnung des Lern- und Erinnerungsortes **Georg Adolf Christiani** statt. Unsere Einrichtung wird damit weiter gestärkt. Ziel ist es, in einem Ausstellungs-, Dokumentations- und Begegnungszentrum die historische Erfahrung des Kolonialismus in der Gegenwart zu vermitteln und zu einer Auseinandersetzung mit deren Auswirkung auf die Geschichte anzuregen.

LERN- UND ERINNERUNGSSORT



Georg Adolf Christiani ist der erste Afrikaner, der nachweislich in Berlin gelebt hat. Mit dem Namen Ebnu kam er 1678 nach Berlin. Im Jahr 1681 wurde er in Spandau auf den Namen Georg Adolf Christiani getauft. Nicht auszuschließen ist, dass Ebnu aus dem heutigen Ghana stammte, wo 1683 die kurbrandenburgisch-preußische Stützpunktkolonie Großfriedrichsburg gegründet wurde.

„GEORG ADOLF CHRISTIANI“

im AFRIKA-HAUS BERLIN

Bei unserer Arbeit werden wir durch viele kompetente Akteure – Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Künstler*innen, Vertreter*innen entwicklungspolitischer Initiativen, Organisationen und Forschungseinrichtungen, Fachkräften der Entwicklungszusammenarbeit, Interessenvertreter*innen afrikanischer Länder etc. – unterstützt. Wir danken allen, die das Afrika-Haus auf seinem Weg begleiten.

Oumar Diallo
Leiter des Afrika-Hauses

20. Mai 2019

19:00 Uhr

Die zukünftige Afrikapolitik Deutschlands

AFRIKA-HAUS
BERLIN seit 1993



BERLINER AFRIKAKREIS **Die zukünftige Afrikapolitik Deutschlands**

Botschafter Robert Dölger, Beauftragter des Auswärtigen Amts für Subsahara-Afrika, den Sahel
Prof. Dr. Ulf Engel, Professor für die Politik Afrikas, Universität Leipzig

Moderation: Andreas Baumert (INISA e.V.)

Die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung wurden jüngst unter Federführung des Auswärtigen Amts weiterentwickelt.

Während die öffentliche Wahrnehmung von Afrikapolitik derzeit vor allem von Migration und Fluchtursachen bestimmt scheint, wurden mehrere deutsche und europäische Initiativen konzipiert, die nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung fördern wollen (z. B. der Marschallplan mit Afrika des BMZ), Bedingungen für privatwirtschaftliches Engagement verbessern sollen (Compact with Africa koordiniert vom Bundesfinanzministerium) oder solche, die auf Konfliktlösung und Friedensicherung fokussieren.

Die zahlreichen Vorhaben sollen nun unter dem Dach der Leitlinien aktiver koordiniert werden, wozu fünf Schwerpunkte der Afrikapolitik definiert werden: Frieden, Sicherheit und Stabilität schaffen; nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung; Migration steuern und gestalten; die regelbasierte Weltordnung stärken; zivilgesellschaftliche Partnerschaften vertiefen.

Kritische Kommentatoren mahnen dabei eine kohärente Afrikastrategie an, eine klare Interessensbestimmung, das Ende einer paternalistischen Politik im Helfermodus gegenüber afrikanischen Staaten und eine kritische Betrachtung des Nicht-Erreichten.

Die Verabschiedung der weiterentwickelten afrikapolitischen Leitlinien im Bundeskabinett Ende März geben Anlass, die deutsche Afrikapolitik selbst zu diskutieren, aber auch zu fragen, wie diese zustande kommt, welche Beiträge Wissenschaft und Politikberatung bieten, welche zivilgesellschaftlichen Impulse aufgenommen werden.





Hintergrund

INISA-Rundgespräch im Berliner Afrika-Haus: Die zukünftige Afrikapolitik Deutschlands – Perspektiven für den Bereich „Frieden und Sicherheit“

Am 20. Mai 2019 hatte die Initiative Südliches Afrika e.V. (INISA) im Berliner Afrika-Haus ein Rundgespräch zur Zukunft der deutschen Afrikapolitik organisiert, an dem der Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Subsahara-Afrika und den Sahel, Botschafter Robert Dölger, und Ulf Engel, Professor für „Politik in Afrika“ an der Universität Leipzig, teilnahmen. Das Gespräch wurde vom INISA-Vorsitzenden Andreas Baumert moderiert. Die folgenden Zeilen gehen kurz auf die afrikapolitischen Leitlinien ein, um dann vertieft die Praxis der Bundesregierung in den Bereichen „Frieden und Sicherheit“ in Afrika (Punkt 1 der Leitlinien) sowie „Erhalt einer regelbasierten Weltordnung“ (Punkt 4 der Leitlinien) zu diskutieren.

Aktualisierte Afrikapolitische Leitlinien

Ausgangspunkt der Veranstaltung war die Veröffentlichung einer vom Auswärtigen Amt koordinierten afrikapolitischen Orientierung am 27. März 2019: „Eine vertiefte Partnerschaft. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“. Diese Textgattung hat eine lange Tradition: Die ersten „Leitlinien deutscher Afrikapolitik“ wurden nach der dritten Konferenz der bundesdeutschen Botschafter in Afrika in Abidjan, Côte d’Ivoire, verabschiedet und am 16. Mai 1968 vom damaligen Außenminister Willy Brandt in einer Rede vor den afrikanischen Missionschefs in Bonn vorgestellt. Die nun veröffentlichten Leitlinien der Bundesregierung aktualisieren einen 2014 verabschiedeten Rahmen für die deutsche Afrikapolitik. Die Leitlinien sind in fünf Kapitel geteilt, die den folgenden Themen gewidmet sind:

1. „Frieden, Sicherheit und Stabilität schaffen“;
2. „Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung für alle – in Perspektiven für Afrikas Jugend und Frauen investieren“;
3. „Migration steuern und gestalten, Fluchtursachen mindern, Flüchtlinge unterstützen“;
4. „Mit Afrika die regelbasierte Weltordnung stärken“; sowie
5. „Unsere zivilgesellschaftlichen Partnerschaften vertiefen“.

Die Aktualisierung der Leitlinien in diesem Frühjahr orientiert sich ausdrücklich an der „Agenda 2063. The Africa We Want“, in dem die Afrikanische Union (AU) im Mai 2013 zum 50. Jubiläum ihres Bestehens mit Blick auf die künftigen 50 Jahre einen strategischen Rahmen für „Entwicklung und nachhaltiges Wachstum“ formuliert hat. Teil der Agenda ist das Vorhaben, gewaltsame Konflikte in Afrika erfolgreich zu beenden („Silencing the Guns in Africa“). In ihren Leitlinien legt die Bundesregierung wichtige Bekenntnisse zu politischer Kohärenz, vertiefter Partnerschaft mit den Staaten des afrikanischen Kontinents, gemeinsamen Interessen sowie der Einbettung der Afrikapolitik in die Politik der Europäischen Union (EU) ab. Inhaltlich lässt sich wenig gegen die in den Leitlinien formulierten politischen Ziele und Prinzipien ins Feld führen – allein, einige der Textpassagen stoßen sich dann doch an der eigenen Praxis bzw. jener der deutschen Partner.

Frieden und Sicherheit

Beim Thema „Frieden und Sicherheit“ in Afrika knüpfen die afrikapolitischen Leitlinien an die im September 2017 veröffentlichten Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention („Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“) an. Hier wird fragile Staatlichkeit als Nährboden gewaltsamer Konflikte identifiziert, werden Nationalismus, religiöser Fanatismus und gewaltbereiter Extremismus als Konfliktursachen diskutiert und die Folgen von internationalisierten Konflikten, Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Naturkatastrophen sowie Flucht und Migration erörtert. Die Bundesrepublik reagiert auf diese Analyse auf vielfältige Weise: durch die Unterstützung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) der AU sowie die Beteiligung an Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, aber auch durch den Export von Rüstungsgütern und Munition.

Entwicklungspolitisch fördert die Bundesrepublik mit einer Vielzahl intelligenter Projekte seit etwa 2006 den Ausbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Dies erfolgt, erstens, direkt durch die Unterstützung der Afrikanischen Union und einiger regionaler Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) – wie etwa der East African Community (EAC), der Economic Community of West African States (ECOWAS) oder der Southern African Development Community (SADC) – und, zweitens, durch bilaterale Projekte in AU-Mitgliedstaaten. Die finanziellen Mittel hierfür kommen sowohl aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wie auch aus dem Auswärtigen Amt (AA), das in seinem Haushalt längst über nicht unbeträchtliche Mittel verfügt, die den Kriterien des OECD-Entwicklungsausschusses für „öffentliche Entwicklungszusammenarbeit“ (ODA) entsprechen.

Durchgeführt werden die entsprechenden Maßnahmen vor allem durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ, Eschborn) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, Frankfurt am Main). Im Jahr 2016 wies die Datenbank des BMZ insgesamt 25 regionale und 114 bilaterale Vorhaben der technischen Zusammenarbeit (TZ) in 26 Partnerländern aus, die direkt auf das Thema „Frieden und Sicherheit“ zielten. Im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) waren dies ein regionales und 25 bilaterale Vorhaben. Da die APSA, zumindest in der Theorie, sehr eng mit der parallelen Afrikanischen Governance-Architektur (AGA) verzahnt ist, kommt in diesem Zusammenhang auch den Projekten eine hohe Bedeutung zu, die direkt auf den Bereich

„Partizipative Entwicklung und gute Regierungsführung“ zielen: Hier weist die BMZ-Datenbank für 2017 insgesamt 670 TZ-Projekte und weitere 47 FZ-Projekte aus. Zusammen also 882 Vorhaben, die im Einzelfall allerdings selten miteinander vernetzt sind.

Über den 11. Europäischen Entwicklungsfond (EDF, 2014-2020) beteiligt die Bundesrepublik sich mit einem Anteil von 22,58 Prozent an der Finanzierung der African Peace Facility (APF), die zwischen 2003 und 2017 insgesamt 2,7 Mrd. € zur Unterstützung der APSA bereitgestellt hat (ein Großteil der Mittel ist in die Finanzierung der African Union Mission in Somalia, AMISOM, geflossen). Und über den Beitragssatz für UN-Friedensmissionen in Höhe von 6,389 Prozent (Gesamtkosten 2018-2019: 6,69 Mrd. US\$) bringt Deutschland aktuell 0,43 Mrd. US\$ für ebendiese Einsätze auf.

Gleichzeitig hat die Bundesrepublik ihre Beteiligung an Friedenserhaltenden Maßnahmen von UN und EU ausgebaut: Seit 2013 sind aktuell 191 Soldaten an der EU Training Mission Mali (EUTM Mali) sowie 408 Soldaten an der UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) beteiligt. Hinzu kommen Einsatzkräfte im Südsudan (UNMISS), Darfur/Sudan (UNAMID) und der West-Sahara (MINURSO). Mit Stand vom 29. April 2019 setzt Deutschland insgesamt 3.310 Soldaten und Soldatinnen außerhalb des NATO-Gebiets auf dem afrikanischen Kontinent und seinen angrenzenden Gewässern ein (die vom Deutschen Bundestag genehmigte Obergrenze liegt bei 6.970). Hinzu kommen kleinere, offensichtlich nicht vom Bundestag bewilligte, Kontingente, u.a. in Niger und Kamerun. Damit hat sich in den letzten Jahren eine nicht unerhebliche Verschiebung der militärischen Auslandseinsätze vom Balkan und Afghanistan hin zu Afrika ergeben: aktuell sind 44,68 Prozent der eingesetzten Kräfte in Afrika stationiert (Afghanistan: 35,92%), und bei den genehmigten Obergrenzen wären dies sogar 54,09 Prozent (Afghanistan: 18,65%).

Zusätzlich hat die Bundesregierung 2016 eine „Ertüchtigungsinitiative“ aufgelegt, durch die Armeen in Tunesien, Mali und Nigeria, seit 2018 auch in Burkina Faso und Niger sowie dem Mittleren Osten (Irak, Jordanien) durch Beratung, Ausbildung und militärische Ausstattungshilfe befähigt werden sollen, die Stabilität in ihren Ländern zu erhöhen (seit 2017 mit jeweils 130 Mio. € pro Jahr finanziert). Im Kampf gegen Piraterie, Terrorismus und transnationale organisierte Kriminalität hat die Bundesrepublik sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der Ausrufung des NATO-Bündnisfalls seit 2002 an den Operationen *Enduring Freedom* (in Afghanistan) und *Active Endeavour* (vor der Küste Somalias) beteiligt. Letzteres war der größte Einsatz der deutschen Marine seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie beteiligt sich auch an der 2008 gestarteten EU *Operation Atalanta* (EU NAVFOR) in Somalia bzw. vor der Küste von Somalia.

Das friedenspolitische Engagement der Bundesrepublik in Afrika wird jedoch zuweilen durch Deutschlands Rüstungsexporte konterkariert. Weltweit ist die Bundesrepublik der fünftgrößte Waffenexporteur (mit einem Anteil von 6,4% an den Gesamtausfuhren, oder einem Finanzvolumen von 6,242 Mrd. € in 2017 bzw. 4,824 Mrd. € in 2018). Davon entfallen 7,3 Prozent auf Afrika südlich der Sahara und 25 Prozent auf den Maghreb und den Nahen Osten. Angesichts der jüngsten Konflikt-dynamiken erscheinen v.a. die Lieferung von Fregatten, Korvetten, Bordhubschraubern, U-Booten und Torpedos mit einem Wert von 3,885 Mrd. € (2016-2017) an Algerien und Ägypten als problematisch. Die im Januar 2019 erfolgte Ausfuhrgenehmigung für Ägypten (u.a. eine Fregatte für 500 Mio. €) ist insbesondere wegen der Rolle dieses Landes in dem seit 2015 geführten Krieg im Jemen sowie angesichts der Gängelung der deutschen parteinahen politischen Stiftungen unter der Militärdiktatur in Kairo mehr als nur bedenklich.

Regelbasierte Weltordnung

Für den Zeitraum 2019-2020 ist die Bundesrepublik nun bereits zum sechsten Mal seit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen 1973 als eines der zehn nichtständigen Mitglieder in den Sicherheitsrat (UNSC) gewählt worden. In Afrika ist in dieser Dekade vor allem die deutsche Stimmenthaltung am 17. März 2011, als die Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen verhandelt wurde, wahrgenommen worden. Für die gegenwärtige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat hat die Bundesregierung eine klare Ausrichtung an ihren Grundsätzen zu Frieden und Sicherheit in Afrika angekündigt.

Ein zentrales Anliegen der Bundesregierung ist es, mit den Staaten Afrikas die allgegenwärtigen Angriffe auf eine regelbasierte bzw. „liberale“ Weltordnung (Stichworte: USA, Russland, China u.a.) abzuwehren. Die deutsche Politik kann dabei auf starke Partnerschaften und gemeinsame Werteorientierungen bauen (u.a. mit Japan, Südkorea und, vielleicht überraschend, der Türkei), denen – im Abstimmungsverhalten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen – vergleichsweise deutliche Meinungsunterschiede etwa mit dem Iran, den Vereinigten Staaten oder Israel gegenüber stehen. Die aktualisierten afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung geben in diesem Zusammenhang tatsächlich notwendige Orientierungen – auch wenn sie die Mühen der Ebene nicht thematisieren.

Zusammenfassung

Auch nach Verabschiedung der aktualisierten afrikapolitischen Leitlinien agiert die Bundesrepublik Deutschland im Bereich „Frieden und Sicherheit“ in Afrika zwischen einem zivilgesellschaftlichen Multilateralismus einerseits und den nationalstaatlichen Exportinteressen der Rüstungsindustrie andererseits. Dies spiegelt einen Konflikt zwischen realpolitischen und idealistischen Interessen verschiedener Ressorts, die als eine Konstante deutscher Afrikapolitik ständig neu verhandelt werden. Dabei setzt die gegenwärtige Koalitionsregierung zunehmend auf eine „vernetzte“ Sicherheitspolitik gegenüber dem afrikanischen Kontinent. Die Konsequenzen der „Afrikanisierung“ der deutschen Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren werden politisch noch nicht ausreichend reflektiert, sind aber allgegenwärtig. Dies drückt sich auch darin aus, dass die Bundeskanzlerin dem afrikanischen Kontinent eine Aufmerksamkeit schenkt, wie kein Amtsinhaber je zuvor.

Ulf Engel

Zum Autor

Der Politikwissenschaftler und Historiker Ulf Engel ist Professor für „Politik in Afrika“ am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig. Er war Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs 1261 „Bruchzonen der Globalisierung“ (2006-2016), Ko-Sprecher des DFG-Schwerpunktprogramms „Adaptation and Creativity in Africa“ (2011-2018) und ist aktuell Leiter der Graduate School des DFG-Sonderforschungsbereichs 1199 „Verräumlichungsprozesse unter Globalisierungsbedingungen“. Engel ist ferner Visiting Professor am Institute for Peace and Security Studies der Addis Ababa University (Äthiopien) und Professor Extraordinary im Department of Political Science der Stellenbosch University (Südafrika). Seit 2006 berät er das Peace and Security Department der Afrikanischen Union zu den Themen Konfliktprävention und präventive Diplomatie.

31. Mai 2019

19:00 Uhr

Mahatma Gandhis „Satyagraha“-Konzept des gewaltfreien Widerstands in Südafrika

AFRIKA-HAUS
BERLIN seit 1993

in Kooperation mit der
Volkshochschule Mitte



In einer Multimediapräsentation berichtet **Christian Bartolf** (Gandhi-Informations-Zentrum e.V.) über die Schlüsselerfahrungen des indischen politischen Rechtsanwalts **Mohandas Karamchand Gandhi** während seiner beruflichen Tätigkeit in Südafrika.

Was weithin unbekannt ist, ist die Tatsache, dass der Journalist Gandhi mit seiner Zeitschrift „**Indian Opinion**“ maßgeblich beitrug zur Bildung der ersten Befreiungsorganisationen der südafrikanischen Bevölkerung vom Joch der Apartheid durch Briten und Buren in Südafrika. Insbesondere zur Bildung des South African Native National Congress (dem Vorläufer des African National Congress) durch **John Langalibalele Dube** im Jahr 1912. Als Gandhi und sein europäischer Freund und Mitarbeiter Hermann Kallenbach Südafrika verließen, wurden sie von Repräsentanten verschiedener asiatischer Bevölkerungsgruppen in Südafrika geehrt. Der von Gandhi repräsentierte **Natal Indian Congress** und später der **South Indian National Congress** bildeten sogar noch in den Jahren von 1946 bis 1948 die Grundlage der Kampagne des gewaltfreien Widerstands gegen ungerechte südafrikanische Gesetze.

Der erste südafrikanische Friedensnobelpreisträger Albert John Luthuli war Schüler der von John Dube geleiteten Ohlange High School in Inanda, KwaZulu, Natal, welche nach dem Modell von Booker T. Washington's Tuskegee Institute in Alabama (USA) aufgebaut worden war.

Mahatma Gandhi's „Satyagraha“-Konzept des gewaltfreien Widerstands in Südafrika



In einer Multimediapräsentation berichtete Christian Bartolf (Vorsitzender des gemeinnützigen Gandhi-Informations-Zentrum e.V., Bildung und Forschung für Gewaltfreiheit) über die Schlüsselerfahrungen des indischen politischen Rechtsanwalts Mohandas Karamchand Gandhi während seiner beruflichen Tätigkeit in Südafrika und schreibt dazu folgenden Text:

Was weithin unbekannt ist, ist die Tatsache, dass der Journalist Gandhi mit seiner Zeitschrift *Indian Opinion* maßgeblich beitrug zur Bildung der ersten Befreiungsorganisationen der südafrikanischen Bevölkerung vom Joch der Apartheid durch Briten und Buren in Südafrika. Insbesondere zur Bildung des South African Native National Congress (dem Vorläufer des African National Congress) durch John Langalibalele Dube im Jahr 1912.

Als Gandhi und sein europäischer Freund und Mitarbeiter Hermann Kallenbach Südafrika verließen, wurden sie von Repräsentanten verschiedener asiatischer Bevölkerungsgruppen in Südafrika geehrt. Der von Gandhi repräsentierte Natal Indian Congress und später der South Indian National Congress bildeten sogar noch in den Jahren von 1946 bis 1948 die Grundlage der Kampagne des gewaltfreien Widerstands gegen ungerechte südafrikanische Gesetze. Der erste südafrikanische Nobelpreisträger für Frieden, Albert John Luthuli, war Schüler der von John Dube geleiteten Ohlange High School in Inanda, KwaZulu, Natal, welche nach dem Modell von Booker T. Washington's Tuskegee Institute in Alabama (USA) aufgebaut worden war.

In seiner Publikation aus dem Jahr 2006 "The Age of Hope – Century of Struggle for Freedom 1906-2006" hat das südafrikanische Ministerium für Bildung und Erziehung zur hundertjährigen Wiederkehr des Beginns der Kampagnen indischen gewaltfreien Widerstands von Mahatma Gandhi in

Südafrika das von Gandhi neu formulierte „Satyagraha“-Konzept in eine Traditionslinie des Widerstands in Südafrika gestellt, um die Bewegung gegen die Apartheid für Jugendliche, Schüler und junge Erwachsene zu rekonstruieren. Satyagraha ist ein indisches Wort (aus der Sprache Gujarati) für „Festigkeit in der Wahrheit“, was so viel bedeutet wie: dem Gewissen zufolge energisch zu handeln.

Die enge Verbundenheit des African National Congress mit dem Erbe der gewaltfreien Emanzipation der asiatischen Bevölkerungsgruppen in Südafrika während des britischen und burischen Kolonialismus in Südafrika wird zudem durch eine Ausstellung auf dem Constitution Hill in Johannesburg dokumentiert, wo das Gefängnis von Mahatma Gandhi und Nelson Mandela in seiner ursprünglichen Gestalt zu besichtigen ist, zusammen mit einer digitale Dauerausstellung über Gandhi und Mandela – nähere Angaben dazu: <https://www.constitutionhill.org.za/exhibitions/featured-exhibition>. Zudem gelang es der französischen „Voyageurs du Monde“, am historischen Ort in Johannesburg ein Satyagraha House in „The Kraal“ nach alten Plänen zu restaurieren, um in einer Kombination von Gedenkstätte, Hotel und Restaurant an den Ort zu erinnern, welcher durch die Kooperation von Mahatma Gandhi und dem deutsch-jüdischen Architekten Hermann Kallenbach nicht allein zum Erfolg des gewaltfreien Widerstands führte, sondern zudem zur Errichtung einer nach dem russischen Schriftsteller LeoTolstoi benannten Farm für indische Familien in der Nähe einer Bahnstation in Johannesburg.

Noch heute lebt in Durban, Südafrika, die Enkelin von Gandhi, Ela Gandhi, welche mit ihrem Vater Manilal in der Phoenix-Siedlung aufwuchs und nach dem Ende der Apartheid jahrelang als Parlamentsabgeordnete tätig war und sich verdient gemacht hat für das Gedenken an ihren Großvater, der als Journalist, Rechtsanwalt, Sozialreformer und politischer Advokat bereits in Südafrika den Weg gewiesen hat für die Beendigung des Kolonialismus in Indien.

Zahlreiche informative Briefmarken, Ersttagsbriefe und Münzen sind seit dem Jahr 1993 in Südafrika, Mauritius und anderen afrikanischen Ländern produziert worden, welche an Stationen des Emanzipationskampfes der Inder in Südafrika erinnern, zudem Denkmäler und Statuen, zum Beispiel in der Bahnstation und im Ort von Pietermaritzburg, wo Gandhi im Jahr 1893 seine ersten bitteren Erfahrungen mit Rassismus sammeln musste.

Der Rassismus der Vorläufer des Apartheid-Regimes in Südafrika drückte sich in öffentlichen Anlagen und Gebäuden kulturell und sprachlich durch die Trennung von Bevölkerungsgruppen nach ethnischen Gesichtspunkten aus. Südafrikanische Bantu mit schwarzer Hautfarbe (Xhosa, Zulus) wurden als „Kaffirs“ bezeichnet, Lohnknechtvertragsarbeiter asiatischer Herkunft („indentured laborers“) als „Asiatics“, „Coloured“ oder sogar als „sammy bastards“, so wie es in Szenen des inzwischen weltberühmten und zahlreich prämierten Spielfilms „Gandhi“ von Richard Attenborough aus dem Jahr 1982 zu sehen ist. Durch drückende Steuerlasten und Verwehrung ziviler Rechte entstand eine untragbare Diskriminierung mit System, welcher Gandhi durch Satyagraha widerstand.

Vier solcher Szenen zeigen die demütigenden Erfahrungen des jungen Rechtsanwalts in Südafrika:

- Als er in Pietermaritzburg aus dem anfahrenen Zug gestoßen wird, weil er darauf bestanden hat, nicht die Zugklasse wechseln zu müssen, worauf er eine kalte Nacht auf der Bahnstation verbringen muss;

- als Gandhi sich trotz Schlägen der Polizei nicht davon abhalten lässt, Passdokumente öffentlich zu verbrennen, weil sie mit diskriminierenden Gesetzen gegen Asiaten in Südafrika verbunden waren;
- als Gandhi in einer Versammlung im Empire-Theater in Johannesburg im Jahre 1906 seine Landsleute zur Besonnenheit und Festigkeit in ihrer guten und gerechten Sache aufruft und jede Neigung zur Gewaltanwendung moralisch und politisch verurteilt;
- als er streikende Bergwerksarbeiter unterstützen will und in Konfrontation mit berittener Polizei die Tötungshemmung der Pferde erlebt, nachdem sich die Demonstranten zu ihrem Schutz in den Staub geworfen haben.

Diese eindrucksvollen Szenen beschreiben alternative Formen der Konfrontation und des Widerstands, welche vonseiten der Emanzipationskämpfer gewaltfrei durchgeführt wurden – als Alternative zu Bürgerkrieg, Genozid und Massaker an Zivilisten. Denn in diesen Jahren (1898–1914) wurden von europäischen (deutschen, belgischen, englischen und französischen) Kolonialmächten zahlreiche Massaker und Völkermorde begangen, sowohl in Nordafrika, Westafrika, Ostafrika, Südwestafrika und Südafrika.



Die Multimediapräsentation wurde im September 2019 auch auf dem Gandhi-Symposium in Linz gezeigt, zudem folgen zwei englischsprachige Aufsätze über die Entstehung des Satyagraha-Konzeptes. Dieser Vortragsabend entstand als Dialog in Kooperation zwischen dem Afrika-Haus und dem Gandhi-Informations-Zentrum.

21. Juni 2019

19:00 Uhr

Flucht und Migration nach Südafrika

**AFRIKA-HAUS
BERLIN** seit 1993



BERLINER AFRIKAKREIS **Flucht und Migration nach Südafrika** Buchvorstellung und Diskussion

Sprecher: Dr. Rita Schäfer (Autorin des Buches „*Migration und Neubeginn in Südafrika*“ (Frankfurt a.M. 2019) und freiberufliche Wissenschaftlerin)

Dr. Lutz van Dijk (Historiker, Autor und Mitbegründer eines Township-Kinderprojekts bei Kapstadt)

Moderation: Frank Gries (INISA e.V.)

Der Weltflüchtlingstag, der 20. Juni, bietet Anlass, Flucht und Migration nach Südafrika genauer zu betrachten. Nur ein ganz kleiner Teil der Verfolgten flieht von Afrika nach Europa. Viel bedeutender sind Flucht und Migration auf dem Kontinent selbst – ein Ziel ist dessen Südspitze.

Im Lauf seiner wechselvollen Geschichte kamen Immigrant*innen aus verschiedenen Regionen Afrikas, Europas und Asiens nach Südafrika. Deshalb lassen sich innovative und konfliktreiche Prozesse von Migration und Globalisierung dort besonders gut erkennen. Migration ist ein Schlüssel zum Verständnis Südafrikas. Seit Jahrhunderten strukturiert sie die Gesellschaft und beeinflusst Bildung, Religion und Kultur.

Heute gilt Südafrikas Asylrecht als vorbildlich. Seine Demokratie wird von Menschen, die aus Diktaturen geflüchtet sind, geschätzt. Gleichzeitig sind etliche Flüchtlinge und Migranten*innen in Südafrika mit Xenophobie konfrontiert.

Was Migration für Südafrika bedeutet und wie die viel beschworene Regenbogennation Integration handhabt, wollen wir an diesem Abend diskutieren.

Veranstungsbericht

Am 21. Juni 2019 diskutierten Dr. Rita Schäfer und Dr. Lutz van Dijk über die vielfältigen Flucht- und Migrationsprozesse nach Südafrika. Anlass war der Weltflüchtlingstag, der 20. Juni. Jährlich erinnern die Vereinten Nationen dann an die Problemsituation, den Überlebenswillen und die Kreativität von Geflüchteten. Es ist sinnvoll, den Blick auf den afrikanischen Kontinent zu richten, denn die meisten Menschen, die wegen Umweltkatastrophen, Dürren in Folge des Klimawandels, vor Bürgerkriegen oder gewaltsamen Konflikten und aus Diktaturen fliehen, suchen in den Nachbarländern ihrer Heimat Schutz. Nur eine kleine Minderheit entscheidet sich für den lebensgefährlichen Weg Richtung Norden mit dem Ziel Europa. In Afrika nahmen Uganda und Südafrika in den letzten Jahren die meisten Flüchtlinge auf – über 1,2 Millionen Menschen aus dem Südsudan und der DR Kongo gingen nach Uganda, nach Südafrika kamen ebenfalls Kongolesen/-innen sowie Simbabwe/-innen und Somali. Laut dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) waren 2018 über 89.000 anerkannte Flüchtlinge und über 184.000 Asylbewerber/-innen in Südafrika.



Sowohl im zentral-/ostafrikanischen Uganda als auch in Südafrika gilt die Flüchtlingspolitik als vergleichsweise vorbildlich, d.h. die Flüchtlinge können sich relativ frei bewegen und selbst wirtschaftlich aktiv werden. Beides sind Post-Konfliktstaaten, in denen im Lauf der vergangenen Jahrzehnte mehrere Millionen Menschen landesintern vertrieben wurden. In Uganda terrorisierte eine fanatische Guerillaorganisation, die Lord's Resistance Army, zwischen 1987 und 2006 die Bewohner der großflächigen Northern Region.

Zwangsumsiedlungen und Deportationen

In Südafrika ging der Fanatismus vom rassistischen Apartheidregime aus, das schwarze Menschen nicht in landwirtschaftlich fruchtbaren Gebieten duldet. Während der über vierzigjährigen Apartheid (1948-1990) zwang der Apartheidstaat über 3,5 Millionen schwarze Südafrikaner/-innen,

ihre Heimat zu verlassen und siedelte sie in so genannte Homelands willkürlich um. (Schwarz ist hier nicht rassistisch, sondern als positive Selbstbezeichnung zu verstehen.) Diese unfruchtbaren und infrastrukturell miserabel ausgestatteten Grenzregionen wurden in den 1980er Jahren aus dem Territorium Südafrikas sukzessive ausgegliedert, womit die dortigen Bewohner/-innen ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verloren. Da dort kaum Landwirtschaft oder Handwerk möglich war, mussten die meisten Männer sich für geringe Löhne als rechtlose Wanderarbeiter in Südafrika verdingen. Die Schwierigkeiten wurden in den 1980er Jahren durch Bürgerkriegsflüchtlinge aus Mosambik verstärkt, die Südafrika grenznahen Homelands zuwies – allein ins kleine Gazankulu, das aus winzigen Teilgebieten bestand, kamen mindestens 37.000. Im Rahmen der Homelandpolitik waren dort auf 7.400 Quadratkilometern bereits über 736.000 südafrikanische Zwangsumgesiedelte hingebacht worden. Das Apartheidregime hatte sich kategorisch geweigert, internationale Abkommen zum Flüchtlingsschutz zu unterzeichnen und verwehrte internationale Hilfsorganisationen den Zugang zu den überfüllten Homelands, die es faktisch kontrollierte. Armut, Existenznot und vielfältige Schwierigkeiten nahmen zu. Der damalige Innenminister des Apartheidstaats, Jan C.G. „Stoffels“ Botha, ließ monatlich über 1.500 Flüchtlinge ins Bürgerkriegsland Mosambik deportieren, wo die rassistische Minderheitenregierung aus Pretoria die brutale Miliz RENAMO systematisch unterstützte.

Ausbeutung und ausländerfeindliche Gesetze

Die Exterritorialisierung von Problemen war ein Strukturprinzip des Apartheidstaats, der auf repressive koloniale Gesetze zur drastischen Beschränkung von Einwanderung aufbaute. Nationalökonomische Planungen zielten immer darauf ab, angeworbene Arbeitskräfte auszubeuten und Migrationsprozesse zu steuern. Davon waren über 36.000 rechtlose Sklaven/-innen betroffen, die bis 1834 ins Land gebracht wurden und von den Launen gewaltbereiter Farmer abhängig waren, die beispielsweise auch die sexuelle Verfügungsmacht über „ihre“ Sklavinnen beanspruchten. Massiv wurden auch mehr als 154.000 Vertragsarbeiter aus Indien ausgebeutet, die Ende des 19. Jahrhunderts rekrutiert wurden und Schwerstarbeit auf den Zuckerrohrplantagen nahe der Hafenstadt Durban und in den Kohleminen Natal's leisteten.

Während die Inder mit ihren Frauen und Kindern kommen durften, die dann auch als landwirtschaftliche Arbeitskräfte geschunden wurden, waren über 63.000 chinesische Vertragsarbeiter, die zwischen 1904 und 1910 in besonders gefährlichen Goldminen im Großraum Johannesburg eingesetzt wurden, auf sich allein gestellt. Schwerstarbeit, schlechte Versorgung, kulturelle Isolation und Krankheiten trieben etliche in den Selbstmord. Chinesische Vertragsarbeiter waren in Sorge, ob ihre Herkunftsfamilien, die von Kriegen und Hungersnöten betroffen waren, überhaupt die geringen Löhne erhielten, für die sie ihr Leben unter Tage riskierten. Aufgrund sprachlicher Kommunikationsprobleme fürchteten sie Korruption und das Einbehalten von Geldern durch weiße südafrikanische Mittelsmänner.

Neben Ausländerfeindlichkeit und Rassismus prägte Antisemitismus die südafrikanische Einwanderungspolitik. Dieser richtete sich gegen Jüdinnen und Juden, die vor den Pogromen im Baltikum und Russland ab den 1880er Jahren flohen und von denen ca. 40.000 über Großbritannien nach Südafrika kamen. Während der tödlichen Nazi-Herrschaft in Deutschland gelang nur 6.000 deutschen Jüdinnen und Juden, die Reise nach Südafrika. Im März 1937 verweigerte die antisemitische Außenpolitik der weißen Minderheitenregierung 2.000 verfolgten Jüdinnen und Juden Einreiseanträge, was für viele den Tod bedeutete. Vertreter des Apartheidregimes verloren ab 1948 kein Wort des Bedauerns über den Holocaust, sondern sorgten sich um das Wohl der deutschen Kriegsverlierer.

Änderungen nach 1994

Diese vielschichtigen Probleme und Diskriminierungen wollte die Regierung unter Nelson Mandela ändern, als sie 1994 an die Macht kam. Das neue Flüchtlingsrecht von 1998 schuf neue Handlungsmöglichkeiten für Geflohene, die erstmals als Rechtspersonen anerkannt wurden. Auch die Einwanderungsgesetze ermöglichten beispielsweise Immigranten/-innen aus dem Nachbarland Simbabwe, das seit 2000 von einem dramatischen politischen und ökonomischen Niedergang erschüttert wurde, wirtschaftlich aktiv zu werden. Bis 2017 hatten 208.000 Simbabwe/-innen einen legalen Aufenthalts- und Arbeitsstatus in Südafrika, 2017/18 betraf das weitere 180.000. Den Rahmen für ihre Integration in die viel beschworene Regenbogennation geben nicht nur südafrikanische Migrations- und Arbeitsgesetze sowie darauf aufbauende politische Leitlinien, sondern auch Vereinbarungen der Wirtschafts- und Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (SADC) zur grenzüberschreitenden Arbeit und Mobilität. So kommt es darauf an, wie der regionale Austausch und die Beschäftigung ausländischer Fachleute praktisch umgesetzt und medial vermittelt werden. Demgegenüber schürten einige südafrikanische Politiker und einflussreiche Personen des öffentlichen Lebens 2008 und 2015, wie der Zulukönig Goodwill Zwelithini, durch ausländerfeindliche Reden Xenophobie, die sich in Gewalt gegen Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern niederschlug. Menschen, die gegen die Xenophobie protestierten, beriefen sich darauf, dass Südafrika die Wiege der Menschheit ist und diese gemeinsame Herkunft alle Menschen verbindet – über die jeweilige nationale Zugehörigkeit hinaus.



**Bücher zum Thema:**

- *Lutz van Dijk: Afrika – Geschichte eines bunten Kontinents (Wuppertal 2015), Romeo und Jabulile (Jugendbuch zur Fremdenfeindlichkeit in Südafrika, Cape Town 2010 / Wuppertal 2012). Weitere Publikationen und Informationen: www.lutzvandijk.co.za*
- *Rita Schäfer: Migration und Neuanfang in Südafrika (Frankfurt a.M. 2019)*
- www.liportal.de/suedafrika

12. September 2019

19:00 Uhr

Afrika MITTEN in Berlin im Afrika-Haus 2019/1

Podiumsdiskussion

Zwischen Panikmache und Zweckoptimismus – Wie soll die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europa und Afrika aussehen?

Fast täglich ertrinken im Mittelmeer Menschen, die von Afrika nach Europa fliehen. Kriege, politische Verfolgung oder wirtschaftliche Not treiben sie dazu an. Um das angeblich verheißungsvolle Europa zu erreichen, riskieren sie sogar ihr Leben. Doch Europa tut sich schwer mit den Flüchtlingen. Die EU findet keine gemeinsame Linie. Während private Seenotretter die Regierungen unter Druck setzen, wollen andere die Grenzen dichtmachen und die Asylregeln verschärfen.

Seit langem schon verspricht Europa, die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern selbst zu bekämpfen. Das aber gelingt kaum, obwohl Milliarden in die Entwicklungszusammenarbeit gesteckt werden.

Wie kann eine zukunftsweisende Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europa und Afrika wirklich aussehen? Muss mehr Geld nach Afrika fließen? Oder kommen die Mittel an den falschen Stellen an?

Was erwarten die Afrikaner*innen von Europa? Und was erwarten die Europäer*innen von Afrika? Ist Flucht die einzige Alternative? Oder gibt es Zeichen der Hoffnung in den Herkunftsländern?

Darüber diskutieren an diesem Abend:

Dr. Maria Flachsbarth, MdB und Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ibrahim Gueye, Wirtschaftsjournalist und selbständiger Unternehmensberater

Kurt Gerhardt, Mitinitiator des Bonner Aufrufs für eine andere Entwicklungspolitik und ehem. Beauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Niger

Anja Osterhaus, Leiterin der Programmabteilung bei Oxfam

und als Moderator **Dietmar Ringel**, INFOradio des rbb

Panikmache oder Zweckoptimismus? Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europa und Afrika

Fast täglich ertrinken im Mittelmeer Menschen, die von Afrika nach Europa fliehen. Kriege, politische Verfolgung oder wirtschaftliche Not treiben sie dazu an. Wie kann eine zukunftsweisende Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europa und Afrika aussehen? Muss mehr Geld auf unseren Nachbarkontinent fließen? Oder kommen die Mittel an den falschen Stellen an? Was erwarten die Afrikaner von Europa – und was die Europäer von Afrika?

Um unter anderem diese Fragen zu diskutieren, trafen sich auf dem Podium im Afrika-Haus Berlin am 12. September 2019

Maria Flachsbarth	Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Anja Osterhaus	Leiterin Programm bei Oxfam
Ibrahim Gueye	Journalist und Ökonom
Kurt Gerhardt	Ehemaliger Journalist beim WDR in Köln und Mitinitiator des Bonner Aufrufs für eine andere Entwicklungspolitik



Die Diskussion mit anschließender Beteiligung des gut fünfzig Gäste zählenden Publikums wurde von Dietmar Ringel vom Inforadio des Rundfunks Berlin Brandenburg (rbb) moderiert und in einer Aufzeichnung im Inforadio am 15. September 2019 ausgestrahlt. Die teilweise impulsiv geführte Diskussion traf auf lebhaftes Interesse im Publikum und machte – aufgrund der Ausstrahlung im rbb-Radio – auf das Afrika-Haus und seine Arbeit öffentlich aufmerksam.

Die Diskutanten auf dem Podium legten ihre Sicht der Dinge aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln und geprägt von teilweise sehr persönlichen Erfahrungen dar.

Maria Flachsbarth betonte die angestrebte Planmäßigkeit, mit der sich die Europäische Union bemühe, Entwicklungsgelder zielgerichtet und projektbezogen denen zukommen zu lassen, die sie am dringendsten benötigten – den Afrikanern selbst, mehr noch: den Ärmsten der Armen unter ihnen. Dass man dabei mit den herrschenden Eliten Afrikas zusammenarbeiten müsse, sei legitim.

Gerade das zweifelte **Ibrahim Gueye** deutlich an. Afrikas Elite sei korrupt, wie die allermeisten führenden Kräfte in den so genannten Entwicklungsländern weltweit. Neue, demokratisch von den Völkern Afrikas legitimierte Strukturen müssten gefördert, mit ihren Führungspersönlichkeiten müsse fortan zusammengearbeitet werden.

Anja Osterhaus schilderte Entwicklungspolitik konkret aus dem Blickwinkel einer Nichtregierungsorganisation. Sicher gäbe es Probleme, doch dürfe man das bisher Erreichte nicht hintenanstellen. So die Tatsache, dass immer mehr Frauen sich in Afrika aus traditionellen Rollenverteilungen im Verhältnis zu der männlich dominierten Gesellschaft hätten befreien können.

Einen gänzlich anderen Weg zu gehen schlug **Kurt Gerhardt** vor. Überlasst den Afrikanern ihr Afrika, sie könnten sich am besten um sich selbst kümmern, so sein Credo. Die gegenwärtige, seit sechzig Jahren praktizierte Form der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika habe in eine Sackgasse geführt.

Die Argumente wurden mit zahlreichen Fakten unterfüttert. Zum Beispiel, dass das Volumen der Entwicklungshilfe Deutschlands in Richtung Afrika geringer sei als das deutsche Exportvolumen gegenüber Luxemburg. Auch wurde die Tatsache angesprochen, dass aufgrund der Fluchtbewegungen von Afrika nach Europa der überwiegende Teil der Fördermittel in den Auf- und Ausbau von einheimischen Sicherheitskräften in den Ländern der Subsahara gehe. Flüchtlinge aus dem Innern Afrikas sollten so gehindert werden, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

Einig waren sich die Podiumsgäste jedoch in einem Punkt: Bildung sei nicht zuletzt in Afrika der Schlüssel zu einem besseren, auf die Zukunft gerichteten Leben der Menschen. Sie befördere demokratische Strukturen und sei somit ein Weg zu verhindern, dass sich nach wie vor Tausende Afrikaner auf den Weg nach Europa zu einem vermeintlich besseren Leben machen.

Auf diesen Aspekt ging in der sich anschließenden Publikumsdiskussion Emilienne Moni Kombi vom Verein KILERA e.V. ein. Sie betonte, dass Entwicklungshilfe nur eines sein könne: Hilfe zur Selbsthilfe. Ihr Verein zum Beispiel rekonstruiere die Infrastruktur einer Grundschule in Akologinga im westafrikanischen Kamerun. Projekte wie diese gelingen ihrer Meinung nach nur in Zusammenarbeit mit den durchaus vor Ort anzutreffenden und von sich aus an einer guten Bildung interessierten afrikanischen Organisationen.

An die gut zweistündige Veranstaltung des Abends schlossen sich Gesprächsrunden zwischen Gästen aus dem Publikum im Afrika-Haus an. Darüber hinaus wurden zahlreiche Kontakte geknüpft.



Hintergrund

Bildung ist der Schlüssel zu Afrikas Zukunft

*Darauf einigten sich die Teilnehmer*innen einer Veranstaltung im Afrika-Haus Berlin zur Frage: Wie weiter mit der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika? Aufzeichnungen zu einer Podiumsdiskussion voller Fakten und Emotionen.*

Auf dem Podium am 12. September 2019: Maria Flachsbarth (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Anja Osterhaus (Leiterin Programm bei der Nichtregierungsorganisation Oxfam), Ibrahim Gueye (Journalist und Ökonom, nunmehr in Düsseldorf lebender Afrikaner) und Kurt Gerhardt (einst beim WDR in Köln Rundfunkjournalist und heute Mitinitiator des Bonner Aufrufs für eine andere Entwicklungspolitik). Das Publikum: gut vierzig Gäste im voll besetzten Veranstaltungsraum. Der rbb zeichnet auf und sendet es in der Reihe Inforadio: Das Forum. So wird die Runde moderiert von Dietmar Ringel vom rbb-Inforadio.

Die Diskussion in Ausschnitten:

Kurt Gerhardt: Es ist eine Verletzung der Würde der Afrikaner, ihnen nicht zuzutrauen, einen Damm zu bauen. Lasst die Afrikaner ganz einfach selbst entscheiden, ob und wie sie einen Damm bauen.

Maria Flachsbarth: Es gibt gewaltige Defizite in Afrika, warum sollen Europäer den Afrikanern nicht ihre Expertise zur Verfügung stellen. Auch treiben die Afrikaner nur 17 Prozent ihres Handels untereinander, in Europa sind es über 80 Prozent.

Ibrahim Gueye: Afrikas Handel untereinander leidet unter der mangelnden Infrastruktur. Straßen und Eisenbahnlinien wurden einst von den Kolonialherren von den Bergwerken oder Plantagen bis zum jeweiligen Hafen gebaut. Die Verschiffung eines Containers von Shanghai nach Kamerun kostet deutlich weniger als der Transport dieses Containers über Land vom Tschad nach Kamerun.

Maria Flachsbarth: Der innerafrikanische Handel wird von den Zollgrenzen der 54 Länder auf dem Kontinent behindert. Diese Länder sind so unterschiedlich wie in Europa Rumänien im Vergleich zu Finnland. Es gibt nicht das Afrika.

Anja Osterhaus: Die Frage ist doch, was kann Europa tun, damit von der Entwicklungshilfe nicht nur immer die Oberschicht in Afrika profitiert. Es geht auch in Afrika um die Verteilung des Reichtums.

Ibrahim Gueye: Die Afrikaner sind es gewohnt, dass immer wieder neues Geld aus Europa kommt. Zum Beispiel erhält Niger jährlich eine Milliarde Euro an Europäischer Entwicklungshilfe. Das sind für jeden der 20 Millionen Einwohner umgerechnet 25 Euro im Monat. Nur die wenigsten haben Zugang zu diesen Geldern. Die allermeisten bleiben arm im Land – oder holen sich ihre Entwicklungshilfe in bar direkt in Europa ab.

Anja Osterhaus: Der Niger ist ein Hotspot der Fluchtbewegung über Libyen und das Mittelmeer nach Europa. Das Geld geht nicht nach Niger, weil dort so viele Arme leben, sondern weil man die Flüchtlingsströme unterbinden will. So zahlt der EU-Treuhandfonds die Ausbildung von Polizisten in Libyen und in Niger, damit diese die Menschen aus dem Innern Afrikas zurückschicken.

Ibrahim Gueye: Die Leute, mit denen Europa in Afrika verhandelt, sind alle korrupt. Genau wie in Afghanistan oder in Turkmenien die herrschende Elite korrupt ist. Es müssen neue, demokratische Verhältnisse geschaffen werden. Aber: Wenn Europa nicht zahlt, kommt das Geld aus China. Die Chinesen fragen nicht nach Demokratie. Außerdem: Das Geld, das Afrikaner aus Europa in die Heimat senden, ist um ein Vielfaches mehr als die offizielle europäische Entwicklungshilfe. In jedem noch so kleinen afrikanischen Dorf gibt es eine Bank – Western Union, die wickelt diesen Zahlungsverkehr problemlos ab.

Kurt Gerhardt: Wohin geht denn das Geld aus Europa? Als jüngst eine Konferenz der Afrikanischen Union gemeinsam mit Vertretern der EU veranstaltet wurde, hat der Staatspräsident des gastgebenden afrikanischen Landes 40 Millionen Euro allein für den Bau einer vom Flughafen zum Konferenzort führenden Autobahn ausgegeben. Hinzu kamen Millionen an Entwicklungsgeldern für den Bau von Hotels, Villen und die Ausbildung von Sicherheitspersonal. Mit solchen korrupten Offiziellen in Afrika darf sich Europa nicht an einen Tisch setzen!

Maria Flachsbarth: Das steht im Gegensatz zu der Aussage, Afrika den Afrikanern zu überlassen. Europa muss mit den Vertretern seines Nachbarkontinents sprechen. Das sind nun einmal die dort herrschenden Eliten. Und: Die europäische Entwicklungshilfe ist projektbezogen, wird kontrolliert. Es ist nicht so, dass Europa einfach 50 Euro in bar für jeden Afrikaner überweist. Nur 5 Prozent der Entwicklungsgelder sind nicht projektbezogen.

Ibrahim Gueye: Was den Afrikanern fehlt, ist vor allem Bildung. Damit sie in ihrer Heimat eine eigene Industrie aufbauen, ihre Naturprodukte selbst verarbeiten können. Bildung ist der Schlüssel für Afrikas Zukunft.

Anja Osterhaus: Und ein entscheidender Faktor für die Gleichberechtigung der Frauen. Es gibt dort eine Frau in Kenia, deren Mann starb, als sie 34 Jahre alt war. Er hinterließ ihr sechs Kinder. Normalerweise hätte nun der Bruder ihres Mannes sie geheiratet. So will es die Tradition. Doch aus irgendeinem Grund geschah das nicht. Stattdessen machte die Frau einen Abschluss als Buchhalterin. Statt weiter Kinder zu bekommen, ist sie heute anerkannte Managerin der Kooperative in ihrem Dorf.

Emilienne Moni Kombi aus dem Publikum: Ich bin Afrikanerin, geboren in Kamerun, lebe in Berlin. In der übernächsten Woche fahre ich in meine Geburtsstadt Akologinga. Die Schule, in die ich dort gegangen bin, braucht Hilfe. Als erstes werden wir vom Verein Kilera eine vernünftige Schultoilette bauen. Und zwar gemeinsam mit afrikanischen Vereinen vor Ort. Denn wenn wir wieder in Europa sind, müssen die Afrikaner diese Toilettenanlage allein in Ordnung halten. Ja, Bildung ist das wichtigste für die Afrikaner.



Autor: Michael Rebien, Marketing und Kommunikation

26. September 2019

19:00 Uhr

Promoting Good Governance in Africa – Three Popular Misconceptions

AFRIKA-HAUS
BERLIN seit 1993



BERLINER AFRIKAKREIS Promoting Good Governance in Africa Three Popular Misconceptions

Dr. Malte Lierl (Research Fellow, GIGA Institute of African Affairs, Hamburg)

Christoph Rauh (Leiter Unterabteilung 20 – Afrika, BMZ)

Moderation: Dr. Sebastian Seedorf (INISA e.V.)

Die Unterstützung von Governance Reformen bildet einen wichtigen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.

Malte Lierl argumentiert im jüngsten GIGA Focus Africa „Promoting Good Governance in Africa – Three Popular Misconceptions“, dass die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft von Good Governance Reformen in Afrika jedoch an den dortigen Realitäten vorbei geschieht und entsprechend wenig Wirkung erzielt. Drei Themenbereiche, die für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung sind, stellt er in seiner Analyse in den Mittelpunkt: Bekämpfung von Korruption und Patronage, Stärkung gesellschaftlicher Beteiligung, sowie Förderung von Dezentralisierung. In allen drei Bereichen werden neue Ansätze benötigt, so Malte Lierl.

Wir freuen uns, auf Grundlage der Thesen des GIGA Focus gemeinsam mit unseren beiden Referenten über den deutschen Beitrag zur Stärkung demokratischer und effizienter Regierungsführung in Afrika zu diskutieren.

Link zur Publikation:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_1903_en.pdf

Promoting Good Governance in Afrika. Three Popular Misconceptions

Was heißt gutes Regieren in Afrika? Wie kann Europa mithelfen, den die Demokratie aufbauenden Prozess auf seinem Nachbarkontinent voranzubringen? Welche Lösungsansätze gibt es? Und sind sie für die Afrikaner hilfreich? Dass es sich bei diesem Thema durchaus um ein kontrovers diskutiertes handeln kann, zeigte der Abend des 26. September 2019 im Afrika-Haus Berlin.

Es diskutierten auf dem Podium:

Christoph Rau	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Bonn
Dr. Malte Lierl	Mitarbeiter am Institut für Afrika-Studien des GIGA German Institut of Global and Area Studies Hamburg
Dr. Sebastian Seedorf	Institut Südliches Afrika Berlin (INSA), gleichzeitig Moderator der Runde

Eingangs stellte Malte Lierl Thesen betreffs der Zusammenarbeit mit Afrika in punkto Good Governance vor.

Dabei betonte er, dass es durchaus Anlass zur Hoffnung für einen Fortschritt im Demokratisierungsprozess in Afrika gebe. Als Beispiele nannte er den Vormarsch des investigativen Journalismus in Ghana und das Aufbegehren gegen Diktatoren insbesondere durch die Jugend. Allerdings müsse beachtet werden, dass die Gegebenheiten in Afrika andere seien als in Westeuropa: Nach wie vor gebe es ein hohes Maß an Korruption, so in den „Kleptokratien“ Kongos oder Guinea-Bissau.

Der Staat in vielen Ländern Afrikas funktioniere durchaus, gleichzeitig aber werden staatliche Ressourcen veruntreut. Auch seien die Erwartungshaltungen seitens der Bürger an den Staat davon geprägt, dass dieser – ähnlich wie eine Familie – für sie sorgen und sie versorgen solle. Es bestehe ein klientalistisches Verständnis von Staat und Bürgern. Das fasse ein Sprichwort aus Kamerun gut zusammen: „Die Ziege frisst dort, wo sie angebunden ist.“

Die Beförderung eines Regierens ohne Korruption und ohne ein lähmendes Verständnis des Verhältnisses von Staat und Bevölkerung könne durch folgende Ansätze erreicht werden:

- (a) Korruption öffentlich machen;
- (b) Bürgerbeteiligung an staatlichen Entscheidungen fördern;
- (c) Dezentralisierung des Staates und seiner Institutionen.

Einen eher nüchtern betrachtenden Ansatz brachte Christoph Rau in die Debatte:

Reformen des Staatswesens und mit dem Ziel Good Governance seien nur dann erfolgreich, wenn sie von innen, das heißt vom Volk getragen werden. Ein positives Beispiel sei die „Agenda 2063“, ein Positionspapier Europas, das von den Afrikanern mitgeschrieben worden sei.

Auch habe ein Wechsel in der Afrika-Politik der Europäischen Union ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte stattgefunden. Unterstützt würden fortan nur die Reformen, die von

den Afrikanern selbst definiert und initiiert worden seien. Ins Boot geholt für die Finanzierung dieser Herangehensweise habe man andere Akteure der Entwicklungshilfe, zum Beispiel die Weltbank. Hilfe zur Beförderung der Gestaltung eines Staatswesens ohne Korruption und unter Beteiligung der Bevölkerung gebe es in finanzieller Hinsicht aber auch durch technische Unterstützung zum Beispiel bei Wahlen.

Aus dem gut 25 Gäste zählenden Publikum wurde unter anderem geäußert:

Die Rolle der afrikanischen Jugend dürfe nicht unterschätzt werden. Sie sei der Motor der fortschrittlichen Entwicklung des Kontinents.

Bürgerbeteiligung beginne nicht erst mit großen Massenprotesten, sondern werde zum Beispiel mit Hilfe vieler in Afrika tätiger Institutionen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kleinen vorangetrieben.

Was sei mit Ruanda, dem Land, das vor einem Vierteljahrhundert den Genozid erlebte und es heute in mancherlei Dingen mit den Verhältnissen in Westeuropa aufnehmen könne – warum erfahren Länder wie Ruanda keine Unterstützung im Demokratisierungsprozess?

Und schließlich: Wie stehe es um China bzw. die Zusammenarbeit Europas mit diesem Land in Bezug auf die Beförderung des Prozesses hin zu Good Governance in Afrika? China verfolge einen ganz anderen Ansatz, stelle seine wirtschaftlichen Interessen über eine auf die Zukunft gerichtete gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den Ländern Afrikas.

Beispiel Mosambik: Die Finanzielle Hilfe Europas werde systematisch von Teilen der Elite des Landes veruntreut. Wo ist Europa, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken?

Die gestellten Fragen wurden von den Diskutanten mit Fakten unterlegt beantwortet. Im Fall von China, so Christoph Rau, sei es so, dass über eine Million Chinesen heute in Afrika lebten, China mithin eine ganz andere Interessenlage habe als Europa oder die USA.

An die gut zweistündige Veranstaltung des Abends schlossen sich Gesprächsrunden zwischen Gästen und Publikum im Afrika-Haus an. Darüber hinaus wurden zahlreiche Kontakte geknüpft.

31. Oktober 2019

19:00 Uhr

Buchvorstellung: Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses

**Henning Melber (Hrsg.)
Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses
Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2019**



**Mit den Autor*innen *Tahir Della, Reinhart Kößler, Bebero Lehmann* und *Joachim Zeller*
Einführung und Gesprächsleitung: *Henning Melber*
Anschließende Diskussion**

Zur Frankfurter Buchmesse erschien der Sammelband *Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses*. In 16 Kapiteln präsentieren insgesamt 18 Autorinnen und Autoren die verschiedensten Aspekte und Dimensionen des deutschen Verhältnisses zu Afrika. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Veranstaltung liegt auf den verschiedenen Dekolonisierungsversuchen durch postkoloniale Initiativen einer deutschen Zivilgesellschaft.

Mit Unterstützung von



Buchvorstellung: Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses

Zur Frankfurter Buchmesse 2019 erschien der Sammelband „*Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses*“. In 16 Kapiteln präsentieren achtzehn Autorinnen und Autoren die verschiedensten Aspekte und Dimensionen des deutschen Verhältnisses zu Afrika: von der Kolonialgeschichte bis zu den aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der inhaltliche Schwerpunkt des Abends am 31. Oktober in der Bochumer Straße 25 lag auf den verschiedenen Dekolonisierungsversuchen durch postkoloniale Initiativen einer deutschen Zivilgesellschaft.

Es diskutierten auf dem Podium die Autoren des Buches:

- Tahir Della** Bundesvorstand der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland
- Reinhardt Kößler** Soziologe und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac
- Bebero Lehmann** Soziologin und feministische Aktivistin
- Joachim Zeller** In Südwestafrika, heute Namibia, geborener Historiker und Journalist

Durch die Veranstaltung führte der Herausgeber des Titels, Henning Melber, deutsch-namibischer Afrikanist, der u.a. seit 2012 an Universitäten der Republik Südafrika lehrt.



Eingangs erhielten die Autoren Gelegenheit, ihre Beiträge im Sammelband bzw. darauf beruhende Schwerpunktthesen zu präsentieren:

Joachim Zeller:

Die postkoloniale Erinnerungskultur begann unmittelbar nach dem Ende des 1. Weltkrieges, damals verlor Deutschland mit dem Versailler Vertrag seine Kolonien an dessen Siegermächte. Im sogenannten Dritten Reich hätten Kolonien außerhalb Europas keine Bedeutung gespielt. Hitler sprach davon als: „Unser Indien liegt im Osten Europas.“ Nachdem in der Bundesrepublik bzw. der DDR die Kolonialgeschichte weitestgehend unter die ideologischen Vorzeichen der Auseinandersetzung Kapitalismus / Sozialismus gestellt worden war, gelangte sie – nach weitestgehender Aufarbeitung der DDR-Geschichte bzw. der Vereinigung beider deutscher Staaten – erst vor circa 20 Jahren ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Zu diesem am Anfang stehenden Prozess gehört beispielsweise auch die Frage, ob man im neuen Berliner Humboldt-Forum in den ehemaligen Kolonien Afrikas geraubte Exponate ausstellen könne.

Reinhard Kößler:

Es gibt einen Hang zur postkolonialen Amnesie. Schon in den 1950er und 60er Jahren war die „Vergangenheitspolitik“ in der Bundesrepublik ein Mittel zum Zweck der Verdrängung. Die deutsche Kolonialzeit sollte sozusagen „amnestiert“, also vergessen gemacht werden. Heute gibt es Anlass zur Hoffnung. In den Qualitätsmedien wird die Kolonialgeschichte anders präsentiert als noch vor fünf Jahren. Dies nicht zuletzt dank postkolonialer, vor allem lokaler Initiativen. Sie machen Spuren des Kolonialismus in den Städten und Kommunen vor Ort sichtbar.

Bebero Lehmann:

Schwarze Menschen haben in Deutschland dafür gesorgt, dass es in Deutschland überhaupt eine Debatte zur Kolonialgeschichte gibt. Nicht zuletzt waren sie Teil verschiedener Bewegungen, so zum Beispiel Teil der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre oder der Emanzipationsbewegung in den 1980er Jahren – hierbei sind insbesondere die Leistungen schwarzer Frauen hervorzuheben.

Tahir Della:

Aktuell konzentriert sich postkoloniale Erinnerungskultur in Deutschland auf Äußerlichkeiten, zum Beispiel, ob man in einem Museum geraubte afrikanische Kunst ausstellen darf – dabei ist es doch selbstverständlich, dass diese Kulturgüter nach Afrika zurückzugeben sind. Die eigentliche „Systemfrage“ aber wird nicht gestellt. Es geht nach wie vor um Machterhalt. Siehe die sogenannte Flüchtlingsbewegung: Sie wird eben nicht als Resultat auch deutscher Kolonialpolitik, sondern mehr oder weniger als Folge innerafrikanischer Misstände präsentiert. Und: Mit welchem Recht schottet sich Europa gegen Afrika ab? Schließlich sind Europäer in der Vergangenheit auch „ausgewandert“, wenn beispielsweise die wirtschaftliche Not zu groß wurde, wie die deutschen Auswanderer um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, die in den USA eine Perspektive suchten. Dies auch vor dem historischen Hintergrund, dass europäische „Kolonialherren“ dereinst „von Nord nach Süd“ gewandert sind.

Aus dem gut 30 Gäste zählenden Publikum wurden manche, oft provokante Fragen gestellt. So wurde die Meinung vertreten, der europäische Sklavenhandel – beispielsweise in Ghana – beruhe auf einer afrikanischen, menschenverachtenden Tradition des Menschenhandels, was vom Podium scharfen Widerspruch erntete.

Von einem Mitglied der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft wurde darauf hingewiesen, dass der Kolonialismus nicht den Stellenwert in der Erinnerungskultur hierzulande einnehme, der ihm gebühre. Etwa durch konkrete Benennung der Ursachen der heutigen Flüchtlingspolitik.

Ein ursprünglich aus Ghana stammender, seit 25 Jahren in Deutschland lebender Gast betonte, dass es den Kolonialismus nach wie vor gebe, wenn auch unter anderen Prämissen. Er nenne das „New Colonialism“. Dessen Vorteile lägen für die deutsche Wirtschaft auf der Hand. Er fasste seine Ausführungen zusammen: Die Unabhängigkeit Afrikas sei vollkommen nutzlos, solange die Afrikaner keinerlei Entscheidungsgewalt über ihre eigene Wirtschaft hätten, was nach wie vor der Fall sei.



Buchtip:

Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses.
Brandes & Apsel, Frankfurt/ Main 2019, Herausgeber Henning Melber

6. November 2019

19:00 Uhr

Afrika MITTEN in Berlin im Afrika-Haus 2019/2

**Einladung
zum Jahrestag des Afrika-Hauses**



Podiumsdiskussion: Afrikas kontinentale Freihandelszone (CFTA)

Das Abkommen über die afrikanische kontinentale Freihandelszone (CFTA) ist in diesem Jahr in Kraft getreten. Grenzen sollen fallen, Handelswege in Afrika florieren.

Die CFTA ist die potentiell größte Freihandelszone der Welt mit einem Markt von 1,3 Milliarden Menschen und einer Wirtschaftsleistung von 2,5 Billionen Dollar.

Sie würde auch einige Dutzend afrikanische Länder einbeziehen, die bisher in keine nennenswerte Regionalunion eingebunden sind, und sie soll bis zu 90% des innerafrikanischen Handels von Zöllen befreien.

Darüber diskutieren an diesem Abend:

Maitre Cheick Sako, Justiz-Minister Guinea AD
Professor Dr. em. Robert Kappel, Universität Leipzig
Ibrahim Gueye, Journalist und Ökonom
Samuel A. Wilsa, Künstler

Moderation: **Marie Roger Biloa**, Journalistin

Afrikas kontinentale Freihandelszone (CFTA)

Das Abkommen über die afrikanische kontinentale Freihandelszone (CFTA) ist in diesem Jahr in Kraft getreten. Grenzen sollen fallen, Handelswege in Afrika florieren. Die CFTA hat das Potential, sich zur größten Freihandelszone der Welt zu entwickeln: 54 Staaten mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen und einer Wirtschaftsleistung von 2,5 Billionen US\$. Wie aber ist der Stand der Dinge in Sachen CFTA? Welche Probleme, aber auch welche Chancen gibt es auf dem Weg zu einem innerafrikanischen Freihandel?

Grenzen hemmen nach wie vor den innerafrikanischen Markt

Zu Beginn der Veranstaltung wurde ein für den französischen TV-Auslandssender TV5 Monde produzierter Film gezeigt: „Frontières“ (Grenzen). In dem circa achtminütigen Beitrag berichten vier Frauen über ihre Erfahrungen mit der bereits bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sechs westafrikanischen Staaten Senegal, Mali, Elfenbeinküste, Benin, Burkina-Faso und Nigeria. Sie illustrieren stellvertretend die Probleme Afrikas auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Auf dem Podium nahmen Platz: **Maître Cheick Sako**, **Prof. Dr. em. Robert Kappel** sowie **Ibrahim Gueye**



Die aus Kamerun stammende Journalistin **Marie-Roger Biloa** moderierte den Abend und skizzierte eingangs die Etappen auf dem Weg zu einer gesamtafrikanischen Wirtschaftsunion: Bereits 2012 entstand die Idee einer Freihandelszone, mit der Ratifizierung durch 22 afrikanische Staaten. Im April 2019 wurde das entsprechende Abkommen per 30. Mai 2019 vertragsgemäß besiegelt. Doch

sei es eben auch so, wie ein afrikanischer Ökonom es beschrieben habe: „Wenn die Afrikaner einmal aufhören, nicht Träume, sondern Ergebnisse zu feiern – dann geht es mit Afrika voran.“

Die unterschiedlichen Traditionen der einstigen europäischen Kolonialmächte bestimmen teilweise immer noch die Gegenwart Afrikas

Guineas ehemaliger Justizminister, der Jurist **Maître Cheick Sako**, gab anschließend einen Überblick über die wirtschaftlichen und juristischen Aspekte eines gemeinsamen afrikanischen Marktes. Es gebe viele Konflikte und Missverständnisse zwischen den Ländern Afrikas. Diese sollten beispielsweise durch ein in der nigerianischen Hauptstadt Abuja beheimatetes Gericht geklärt werden. Es ist zuständig für 15 Staaten Westafrikas. Unter anderem sein Heimatland Guinea sei von diesem Gericht sanktioniert worden. Als ehemaliges Kabinettsmitglied habe er auf die Probleme, die zu diesem Urteil geführt hätten, hingewiesen, womit er sich nicht nur Freunde gemacht habe.

Auch sei es nach wie vor so, dass die so unterschiedlichen Kulturen der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien, Spanien und Portugal den wirtschaftlichen und vor allem wirtschaftspolitischen Alltag von Afrikas Gegenwart entscheidend mitprägen.

Afrika erhebt auf den Handel mit der EU 2 Prozent, auf seinen internen aber 8 Prozent Zoll

Den Großteil seines Handels wickle Afrika nach wie vor mit den Ländern jenseits des Kontinents ab, so der Wirtschaftswissenschaftler **Robert Kappel**. An erster Stelle stünden dabei die Länder der Europäischen Union (EU) und – mit wachsender Dynamik – China. Er wies in diesem Zusammenhang auf quasi hausgemachte innerafrikanische Probleme wie beispielsweise die Zollpolitik hin: Auf den Handel mit der EU erhebe Afrika zwei Prozent Zoll, auf den zwischen seinen Staaten im Schnitt aber acht Prozent, denn nach wie vor seien Zolleinnahmen eine wesentliche Quelle zur Finanzierung der Staatsapparate afrikanischer Länder.

Voraussetzungen für einen wachsenden Handel der 54 afrikanischen Staaten untereinander sind seinen Ausführungen nach der Ausbau der Infrastruktur, der Aufbau einer Industrie, deren Produkte Handel erst ermöglichen, die Schaffung einer Unternehmer-Kultur sowie die Abkehr von nationalstaatlichen Animositäten, die schwer zu durchschauen seien und mehr tagesaktuellen Fragen folgten als wirtschaftlicher Vernunft.

Die innerafrikanische Wertschöpfungskette ist ausbaufähig

Der Ökonom **Ibrahim Gueye** wandte sich praktischen Fragen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu. So sei der traditionelle Anbau von Mangofrüchten durchaus ausbaufähig. Und zwar im Hinblick auf den Aufbau einer innerafrikanischen Wertschöpfungskette von der Ernte bis zur Herstellung eines Produktes für den Endverbraucher. Auch sei es nach wie vor so, dass wegen unter anderem bestehender Zollbarrieren und fehlender Infrastruktur der Transport eines Containers von Tschad nach Kamerun teurer sei als von Shanghai in das Land an Westafrikas Küste.

An die 30 Gäste im Publikum folgten der Diskussion und nahmen aus der gut zweistündigen aber auch die Chancen und Möglichkeiten mit. So entstehe in Afrika eine neue Elite jenseits althergebrachter Traditionen und Herangehensweisen. Und: Bei der Schaffung eines innerkontinentalen Marktes handelt es sich um die Verwirklichung eines uralten Traumes Afrikas. Das brauche Zeit, wie man auch anhand der vielen Schritte und auch Rückschritte bei der Gestaltung eines Gemeinsamen Marktes in Europa erkennen könne.



Eingangs hatte Oumar Diallo als Leiter des gastgebenden Afrika-Hauses die Geschichte und die Perspektiven des Afrika-Hauses, das seit 1993 seinen festen Platz in Sachen Verständigung zwischen Afrika und Deutschland in Berlin und darüber hinaus eingenommen hat, gewürdigt.



Hintergrund

**Interview mit Prof. Dr. Robert Kappel, Cicero, 10. Juli 2019:
„Die Länder müssen viel tun, damit sie wettbewerbsfähig bleiben“**

In Afrika haben sich 54 Länder zu einer Freihandelszone zusammengeschlossen. Damit macht sich der Kontinent von Europa und China unabhängig. Es sei gut, dass die afrikanischen Länder jetzt den Aufbau ihrer eigenen Länder beginnen, sagt Afrikaforscher Robert Kappel im Gespräch.

54 der 55 Mitglieder der Afrikanischen Union (AU) haben sich zu der Afrikanischen Freihandelszone zusammengeschlossen. Die ist dreimal so groß wie Europa, bei 1,2 Milliarden Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von 2,5 Milliarden Dollar. Bis 2022 sollen alle Zölle auf Dienstleistungen wegfallen sowie 90 Prozent der Produktzölle in Afrika. Ist das ein „historischer Moment“ für die AU, wie deren Kommissionspräsident Moussa Faki Mahamat sagte?

Man hat 17 Jahre lang verhandelt, um die seit längerem immer wieder kursierende Idee einer afrikanischen Freihandelszone umzusetzen. Das ist insoweit ein historischer Moment, weil – mit Ausnahme von Eritrea – alle afrikanischen Länder diesen Vertrag unterzeichnet haben. Obwohl er möglicherweise für einige Staaten negative Konsequenzen haben könnte. Insofern ist das ein wichtiger Moment für den afrikanischen Kontinent und die afrikanischen Institutionen. Sie stellen die Weichen für die Entwicklung ihres Kontinents jetzt viel mehr selbst.

Auf was für negative Konsequenzen spielen Sie da an?

Wir haben 55 äußerst unterschiedliche Länder. Tunesien, Marokko oder Südafrika spielen in einer völlig anderen Liga aufgrund der Einkommensniveaus, des Industrialisierungsgrades, der modernen Gesellschaft und der Unternehmensstrukturen. Dort gibt es auch auf dem Weltmarkt präsekte Firmen. Andere Länder sind sehr klein, mit sehr geringen Bevölkerungen von unter zehn Millionen.

Der Unternehmenssektor ist dort sehr schwach. Diese Länder fürchten, dass Firmen aus den größeren Ländern ihre Wirtschaft überrollen werden.

Ist das denn eine berechtigte Sorge?

Oh ja! Natürlich werden innerhalb Afrikas nicht von heute auf morgen die Zölle fallen. Es wird schrittweise umgesetzt werden. Demnach gibt es Möglichkeiten, sich anzupassen. Trotzdem sind ihre Befürchtungen ernst zu nehmen. Derzeit wird in der AU diskutiert, die Ursprungsregeln festzulegen und zudem eine Art Ausgleichsfonds zu schaffen. In diesen zahlen dann die reichen Länder ein, die besonders von der Marktöffnung profitieren. Viele Fragen sind einfach noch offen und es ist unklar, wie diese sich weiterentwickeln werden. In Südafrika – dem reichsten Land in Subsaharaafrika – herrscht sogar die Angst, dass durch die Zollsenkung billige Nahrungsmittel aus den Nachbarländern ins Land kommen und dadurch die heimischen Bauern unter Druck geraten. Also überall gibt es Befürchtungen.

Das klingt jetzt alles sehr negativ. Kann das Abkommen trotzdem zur wirtschaftlichen Entwicklung der AU beitragen?

Ja, auf jeden Fall! Nur 15 Prozent des Handels finden innerhalb Afrikas statt. Zum Vergleich, in der EU liegt er bei 69 Prozent. Das hat in Afrika historische Gründe, koloniale und postkoloniale. Auf den Handel innerhalb Afrikas wurde unglaublich wenig Energie verwendet. Denn wenn der ansteigen soll, müssen zwei Dinge geschehen: ein Industrialisierungsschub und eine Verbesserung der Infrastruktur. Dann können auch die kleinen Länder im Schub mitziehen. Wenn der intrakontinentale Handel von 15 auf 30 Prozent steigen könnte, würde das unglaubliche Skaleneffekte haben. Da müssen die Länder viel tun, damit sie wettbewerbsfähig bleiben.

Klingt als würden die positiven die negativen Effekte übertrumpfen.

Das wird sich zeigen. Es kann, wie gesagt, auch Verlierer geben. Viele der Länder sind von Import- und Exportzöllen abhängig. Wenn diese jetzt aber wegfallen, dann haben Staaten weniger Einnahmen. Die müssen dann irgendwo anders herkommen. Für die kleinen Länder ist das eine der größten Hürden. Länder wie Südafrika haben damit keine großen Probleme, die haben eine diversifizierte Wirtschaft.

Bei so vielen Befürchtungen und Hoffnungen der Länder: Was steht genau in dem Abkommen?

Da steht erst mal nur drin, dass es Waren- und Dienstleistungsfreiheit geben soll. Also Zölle senken und Personenfreizügigkeit gewähren. Die Arbeitskräfte sollen also von einem Land ins andere gehen können. Allein das wird schon Probleme hervorrufen. Die Umsetzung wird sich erst noch zeigen. Denn die AU steht vor der großen Herausforderung, die Interessen vieler Länder vereinbaren zu müssen. Immerhin hat die Afrikanische Union doppelt so viele Mitglieder wie die EU! Wenn sie es schaffen, das Abkommen in den kommenden zehn Jahren umzusetzen, wäre das schon ein großer Gewinn.

Nigeria hat als eine der größten Volkswirtschaften Afrikas ebenfalls sehr lange gezögert, das Abkommen zu unterschreiben. Wieso?

Nigeria ist eine dominante Volkswirtschaft in Westafrika und voll auf Öl und Gas ausgerichtet. Dieses wichtige Exportgut geht in die ganze Welt, aber wenig davon in die Nachbarländer. Sie exportieren

nämlich Rohöl und in den Nachbarländern gibt es nur wenige Raffinerien. An der Integration in Afrika war Nigeria nie besonders interessiert. International wurden sie dazu aufgefordert, in diesem Prozess eine führende Rolle einzunehmen. Irgendwann war der Druck zu groß.

Wird es mit dem Freihandelsabkommen zukünftig für die EU oder China schwieriger werden, ihre Produkte in Afrika abzusetzen?

Nein. Das hat mit der Struktur des Außenhandels zu tun. Hauptsächlich werden Rohprodukte oder landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert. Maschinen und Investitions- oder hochwertige Konsumgüter werden hingegen aus der EU oder China eingeführt. Das wird deswegen keinen Einfluss haben, weil die Zollvereinbarungen, die mit diesen Ländern existieren, bestehen bleiben. Auf der anderen Seite können europäische Staaten den Freihandel nutzen, um von Benin oder anderen Ländern aus leichter in die Nachbarländer zu exportieren. Das kann auch sehr zum Nutzen dieser weit entwickelten Länder sein, die ja technologisch in einer anderen Liga spielen. Deswegen ist die EU auch sehr für dieses Abkommen.

Das Abkommen ist Teil der Agenda 2063. Damit will sich die AU reformieren und mehr sein als ein Projekt zur Friedenssicherung. Ist die Freihandelszone da ein Schritt in die richtige Richtung?

Die Agenda 2063 ist ja ein langfristiges Projekt. Man wählt ein Datum, das weit von einem entfernt liegt und müsste eigentlich die Hausaufgaben von 2019-2025 machen. Es geht jetzt auch darum, die anderen Agenden außer der Freihandelszone umzusetzen. Da geht es um industrielle Entwicklung, Modernisierung der Landwirtschaft, Bildung, Klimawandel, Infrastruktur, Frauenrechte, Zugang zu Elektrizität, Gesundheitswesen und so weiter. Eine unglaubliche Vielfalt an Themen. Die Agenda 2063 ist das, was die afrikanischen Völker für ihren Kontinent wollen – ein Zukunftsprojekt. Die regionale Zusammenarbeit soll jetzt in einem Gesamtpaket unter der Freihandelszone geführt werden.

Westlichen Ländern wird in Zusammenhang mit Afrika oft Neokolonialismus vorgeworfen. Ist das Freihandelsabkommen jetzt eine Art zweite Unabhängigkeit?

Das könnte man so bezeichnen. Denn eigentlich handelt es sich grundlegend um eine Idee des Panafricanismus, des Vertrauens auf die eigenen Kräfte. Wobei jedes Land seit der politischen Unabhängigkeit die Möglichkeit hatte, sich von Europa freizuschwimmen. Also man muss beide Seiten sehen. Die EU hat mit ihren Handelsverträgen mit Afrika eigene Interessen verfolgt. Sie wollte den afrikanischen Markt weiter bedienen und eigene Unternehmen etablieren. Man schaut immer gerne auf den Feind Europa – der natürlich seine eigenen Interessen hat –, aber man behandelt nicht seine eigenen Fehler. Die Agenda 2063 überspielt nun die ganzen Verfehlungen, die sich viele afrikanische Länder geleistet haben.

Von welchen Fehlern sprechen Sie da?

Sie haben sich in Abhängigkeit von China und der EU begeben. Sie haben nicht in erster Linie an die Entwicklung der eigenen Länder gedacht. Sie haben keine Modernisierung der Landwirtschaft oder der Industrie betrieben. Also es gibt wahnsinnig viele Fehler der afrikanischen Regierungen und das ist ein Elitenproblem. Sie haben sich stark an außerafrikanischen Wünschen wie beispielsweise denen von China oder Europa orientiert. In den meisten afrikanischen Ländern hatten wir einen Destabilisierungsprozess. Die Industrien sind nicht gewachsen, es gibt sogar einen De-Industrialisierungsprozess, weil die Unternehmen nicht richtig gefördert und in vielen Ländern sogar

behindert werden. Der Zugang zu Krediten ist vor allem für mittlere und kleine Unternehmen erschwert. Deshalb sind die Mittelschichten oft sehr klein.

Aber genau in diesen Punkten könnte das Freihandelsabkommen doch Abhilfe schaffen.

Das ist zumindest der Ansatz. Es wird mehr Wettbewerb geben, es soll industrialisiert und das Unternehmertum gefördert werden. Denn die Rohstoffe, die produziert werden, werden bislang nicht in den Ländern selbst weiterverarbeitet. So stellt die Côte d'Ivoire 60 Prozent des weltweiten Rohkakaos her, aber hat keine Schokoladenindustrie. Die eigenen Kräfte sollen jetzt stärker gebündelt werden. Das hat auch mit einem Wandel der Mentalität vieler Regierungen zu tun. Denn zunehmend übt die Mittelschicht mehr Druck auf ihre Entscheidungsträger aus. In der Zukunft geht es um die Frage, ob die technokratischen Eliten in Ländern wie Ruanda, Äthiopien, Tansania, Ghana, Senegal die Dinge selbst in die Hand nehmen. Mal sehen, ob das was wird. Denn in afrikanischen Dokumenten stehen gerne viele schöne Dinge. Entscheidend ist, ob sie das jetzt implementieren werden.

***Prof. Dr. Robert Kappel** war von 1996-2004 Professor am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig; er leitete den Arbeitsbereich „Politik und Wirtschaft“. Er hat zudem den von ihm gegründeten Master-Studiengang SEPT (small enterprise Promotion and Training) geleitet. Von 2004-2011 ist Robert Kappel Präsident des GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg gewesen. In dieser Zeit war er von der Universität Leipzig beurlaubt. Im Oktober 2011 trat er in den Ruhestand. Er forscht gegenwärtig zu den Themen Wirtschaftsentwicklung in Afrika, global value chains und global power shifts.*





Hintergrund

Eine afrikanische Freihandelszone?

Auf dem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union am 7. Juli in Niamey soll ein großes Vorhaben feierlich gestartet werden – Afrikas Kontinentale Freihandelszone. Man wird sich ihr englischsprachiges Kürzel CFTA ebenso einprägen müssen wie MERCOSUR oder NAFTA, ihre süd- und nordamerikanischen Entsprechungen. Die CFTA ist wenig mehr als ein Jahr nach ihrer Gründung in Kigali von 52 der 55 afrikanischen Staaten unterzeichnet und von 24 bereits ratifiziert worden. Südafrika hat lange gezögert und spät unterschrieben; Nigeria, seine Satelliten-Ökonomie Benin und Eritrea noch gar nicht.

Worum geht es? Die CFTA soll zum schrittweisen Abbau der meisten afrikanischen Binnenzölle auf Güter führen. Sie soll schon in ihrer ersten Phase auch den Einstieg in innerafrikanische Liberalisierung von Dienstleistungen bringen, sowie umfangreiche Handelserleichterungen und einen verbindlichen Mechanismus zur wirtschaftlichen Konfliktregelung. Gerade die Parallelität von Warenhandels- und Service-Liberalisierung ist ein grundsätzlicher Fortschritt gegenüber der Schritt-für-Schritt-Logik der existierenden Abkommen in Afrika und trägt der Realität moderner Netzwerke von Produktion, Logistik und Finanzabwicklung Rechnung. In einer zweiten Phase sollen bereits ab Januar 2020 die Themen Wettbewerb, Urheberrecht und Investitionen dazu kommen – ein äußerst anspruchsvolles Programm.

Der Internationale Währungsfonds stellt in seinem jüngsten Halbjahresbericht über Afrika die Frage, ob die CFTA ein bahnbrechender Erfolg sein kann – ein „*game changer*“. Was wäre der Erfolgsfall? In diesem Falle wird die CFTA einen Markt von 1,2 Milliarden Menschen mit einer Wirtschaftsleistung von 2,5 Billionen Dollar integrieren. Sie würde auch einige Dutzend afrikanische Länder einbeziehen, die bisher in gar keine nennenswerte Regionalunion eingebunden sind. Die CFTA soll bis zu 90% des innerafrikanischen Handels von Zöllen befreien, wenn die unklare Regelung im Vertrag von allen Ländern so umgesetzt wird. 90% ist die Einstiegsnorm der Welthandelsorganisation für solche Abkommen. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind die Mitgliedsstaaten allerdings in wenigen Jahren zu 100% Binnenliberalisierung, gemeinsamem Außenzoll und vollständig vereinheitlichten Handelsregeln fortgeschritten, da ohne diese Maßnahmen eine Zollunion, ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschaftsunion nicht möglich geworden wären. Die CFTA soll auf absehbare Zeit keine Zollunion werden, und das ist auch nur realistisch. Ihr Erfolg wird – so sieht es auch der IWF – stärker vom Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse abhängen, von denen es in Afrika Myriaden gibt. Auch notwendige technische oder sanitäre Standards und kleinteilige Ursprungsregeln werden hier unentwegt zu Hürden. Da nach einhelliger Einschätzung aller befassten Ökonomen die weiter fortgeschrittenen Länder Afrikas überdurchschnittlich von der CFTA profitieren würden, sollten auch Kompensationsmechanismen in das Paket gepackt werden, und dafür müssten die reicheren Mitgliedstaaten Geld in die Hand nehmen.

Das Projekt hat strategische Bedeutung. Afrika ist zwar mittlerweile gut in den Welthandel integriert – mit etwa 67% der Wirtschaftsleistung, aber nur 12% des Handels findet im Inneren des Kontinents statt. Dabei stellen sich die afrikanischen Staaten untereinander teilweise höhere Zölle in Rechnung als Drittländern, insbesondere wenn sie nicht derselben sub-regionalen Wirtschaftsgemeinschaft angehören. Nichttarifäre Handelshemmnisse schlagen stärker zu Buche als etwa im Verhältnis zur EU, wo Zollverfahren gut reglementiert und Ursprungsregeln vereinfacht sind. Händler gehen den Hürden aus dem Weg; der informelle Grenzhandel in Afrika wird daher auf bis zu einem Drittel des statistisch registrierten Handels geschätzt. Infrastrukturen sind seit jeher auf den Handel mit Übersee ausgerichtet, nicht auf den Binnenhandel. Im Maße, wie die CFTA hieran etwas Grundlegendes ändert, kann sie einen gewaltigen Entwicklungsschritt ausmachen und die Schieflage gegenüber Handelspartnern im Rest der Welt beenden.

Das Problem ist, dass sich auch die großen Regionalgemeinschaften in West-, Ost- und Südafrika die wichtigsten dieser Reformschritte schon längst vorgenommen hatten. Auf dem Papier gehen einige sogar weiter und sind nominell Zollunionen oder Gemeinsame Märkte wie die EU. Auch auf ihrer Ebene hat es bedeutenden Zollabbau im Innern gegeben und Handelserleichterungen wie sog. *One-Stop-Border-Posts*. Aber keine einzige der Wirtschaftsgemeinschaften hat ein Stadium erreicht, wo Binnenzölle vollständig verschwunden und nicht durch neue Hürden ersetzt worden sind. Im Gegenteil, einzelne wichtige Länder brillieren immer wieder damit, sich außer der Reihe mit Handelsbeschränkungen zu traktieren – so Tansania, Kenia, Uganda oder Nigeria. Ständig wechselnde Listen mit „ausnahmsweise“ geschützten Produkten im Außen- wie im Binnenverhältnis machen Firmen das Leben schwer – oder leicht, wenn man zu den Profiteuren gehört. Daher dürfen auch deutsche Unternehmen einen annähernd friktionsfreien Binnenmarkt nirgendwo in Afrika erwarten – ganz gleich, was am Eingangstor steht. Die fünf nordafrikanischen Länder handeln praktisch gar nicht miteinander, sondern lieber mit Europa; und in Zentralafrika ist nur die Ausfuhr ostkongolesischer Rohstoffe nach Ruanda und Uganda wirklich bedeutend – ein Herz der Finsternis eigener Art. Warum sich daran grundlegend etwas ändern wollte, weil die ganze Thematik nun auf panafrikanischer Ebene verhandelt wird, ist a priori schwer einzusehen.

Eine politische Grundvoraussetzung wäre ohnehin, dass nicht nur kleine Binnenstaaten wie Ruanda vorgehen, sondern die Regierungen der beiden größten Ökonomien – Nigeria und Südafrika – die

CFTA zu ihrem gemeinsamen Projekt machen. Obwohl sie mit am stärksten profitieren würden, fürchten diese beiden Länder aber Billigeinfuhren aus China auf dem Umweg über die neuen offenen Grenzen (sog. *trade deflection*) und wissen daher nicht recht, was sie von der CFTA halten sollen. Man stelle sich zum Vergleich eine Entwicklung der Europäischen Union mit einem zögernden Deutschland und maulenden Frankreich in ihrer Mitte vor.

Es bleibt die Erwartung, dass einzelne wesentliche Modernisierungsschritte, die technisch ohnehin auf kontinentaler Ebene besser aufgehoben sind – *Brokerage*, Zollabfertigungsregeln, *Currency clearing*, transkontinentale Infrastruktur – die Wirtschaftsintegration voranbringen.

Derweil sind die existierenden Wirtschaftsgemeinschaften in West-, Ost- und Südafrika durch den Spaltpilz der sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU bedroht, nach ihrem englischen Akronym als EPAs bezeichnet. Im südlichen Afrika gibt es gleich zwei, und im Westen hat Nigeria, im Osten Tansania aus gutem Grund noch nicht unterschrieben, während die Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun und Kenia Einzelvereinbarungen haben – ein alltägliches Desaster für die afrikanische Wirtschaftsintegration, die mit der CFTA gerade auf eine höhere Ebene gehoben werden soll, aber darunter auseinanderzufallen droht.

In dieser Situation schlagen der amtierende Entwicklungsminister Müller, Kanzlerinberater Nooke und Organisationen der Zivilgesellschaft vor, die umstrittenen EPAs der EU durch ein gemeinsames neues Abkommen mit der AU bzw. der CFTA zu besseren Bedingungen für Afrika zu ersetzen. Das kann man machen. Auch eine werdende Freihandelszone wie die CFTA kann technisch mit einer Zollunion ein solches Abkommen schließen. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die EU-Kommission dafür zu handelspolitischen Kompromissen bereit wäre. Ob sich aber alle afrikanischen Länder erneut auf weitgehende Handelsliberalisierung gegenüber Europa einlassen werden, wird wiederum nicht dadurch plausibler, dass man die ganze Problematik auf die kontinentale Ebene hebt. Die Europäische Union müsste wohl viel weitergehende Angebote machen – eine gemeinsame Neuordnung der Agrarpolitik zum Beispiel – um am Sitz der Afrikanischen Union Begeisterung auszulösen. Das sollte die Bundesregierung unterstützen, wenn sie Afrika wirklich helfen wollte.

Von: Helmut Asche, Prof. Dr., Universität Mainz, Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Blogbeitrag auf Weltneuvermessung, 2019, zuerst erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.2019



Die afrikanische Freihandelszone – (K)ein Anlass für europäischen Aktionismus

Inzwischen hat die notwendige Anzahl von Ländern die AfCFTA ratifiziert, damit sie in Kraft treten kann. Sogar Nigeria, das größte afrikanische Land, das auf Grund seiner eher protektionistischen Grundausrichtung lange zögerte, sich zu beteiligen, will nun mitmachen. Was bedeutet das für die EU? Die EU-Handelsregelungen, die gegenüber afrikanischen Ländern und Regionen gelten, sind sehr unterschiedlich. Ist die AfCFTA nun ein Anlass, die Handelsbeziehungen Afrikas gegenüber der EU ebenfalls neu auszugestalten? Wäre dies sinnvoll oder gar notwendig?

Eine große Freihandelszone (FHZ) zwischen der EU und den Staaten der Afrikanischen Union (AU) zu schaffen ist auch nach Inkrafttreten der AfCFTA nicht zwingend. Die AfCFTA strebt zunächst nur die Liberalisierung des Handels zwischen den afrikanischen Staaten an, nicht die Schaffung gemeinsamer Außenzölle. Es ist daher kein technisches Problem, wenn zwischen der EU und afrikanischen Staaten und Regionen unterschiedliche Handelsregime und damit Zollstrukturen bestehen. Diese Frage wird sich erst stellen, wenn die AfCFTA von einer Freihandelszone zu einer Zollunion werden sollte (was tatsächlich ein langfristiges Ziel der AU ist). Schon die AfCFTA ist aber ein mittel- bis langfristiges Projekt, denn die notwendigen Verhandlungsschritte wie die Erstellung von Liberalisierungslisten, die Einigung darüber sowie die notwendige Definition von Ursprungsregeln – also die Grundlage für die Gewährung von Handelspräferenzen – müssen erst noch erfolgen. Das Inkrafttreten der AfCFTA bedeutet zunächst nur, dass man über die konkrete Ausgestaltung der Liberalisierung von 90% des Handels verhandeln wird. Wann tatsächlich eine Freihandelszone in Kraft tritt, die mit ökonomischen Wirkungen verbunden sein wird, ist unklar. Zu hoffen ist, dass dies bald gelingt und auf Grundlage der zu verhandelnden Handelspräferenzen der inner-afrikanische Handel tatsächlich ansteigt – nach Berechnungen des IWF um bis zu 16% (die relativ geringe Zahl ist dadurch zu erklären, dass 90% kein sehr ambitioniertes Ziel ist). Die AfCFTA kann aber eine Rolle dabei spielen, die Märkte zu vergrößern, Skalenerträge zu ermöglichen und innerafrikanische Wertschöpfungsketten aufzubauen bzw. zu stärken und damit zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen beitragen, die die schnell wachsende Bevölkerung Afrikas dringend benötigt.

Die Bildung einer gesamtafrikanischen *Zollunion* dagegen steht für die mittlere Frist nicht an. Nach den Erfahrungen mit der Einführung gemeinsamer Außenzölle in den Regionalgemeinschaften ist nicht zu erwarten, dass dieser übernächste Schritt schnell erfolgen wird. Der gemeinsame Außenzoll der ECOWAS beispielsweise wurde lange verschleppt und erst 2013 beschlossen, als die regionalen Verhandlungen über die Partnerschaftsabkommen mit der EU einen äußeren Anlass dafür schufen. *Wenn* dann auf lange Frist tatsächlich eine Afrika-weite Harmonisierung der Außenzölle erfolgen soll, werden allerdings nicht nur Verhandlungen mit der EU notwendig, sondern auch mit anderen Ländern und Regionen, mit denen afrikanische Staaten und Regionalgemeinschaften Freihandelsabkommen geschlossen haben – also beispielsweise mit Mercosur, möglicherweise bis dahin auch mit den USA, die derzeit überlegen, ihre einseitigen AGOA-Handelspräferenzen (nach dem African Growth and Opportunity) durch gegenseitige Handelsabkommen zu ersetzen.

Wäre die baldige Verhandlung einer Freihandelszone zwischen EU und AU denn sinnvoll, auch wenn sie nicht zwingend ist? Mehrere Argumente sprechen dagegen. Die gegenwärtig sehr unterschiedlichen Handelsregime der EU gegenüber afrikanischen Staaten spiegeln sehr unterschiedliche Situationen der jeweiligen Partnerländer und wider. Gegenüber den Mittelmeeranrainern bestehen Assoziierungsabkommen, innerhalb derer der Industriegüterhandel überwiegend von Zöllen befreit ist, während die Agrarmärkte bisher nur wenig geöffnet werden. Mit Tunesien wird derzeit über ein weiter gehendes Abkommen verhandelt, das sich auch auf die Bereiche Landwirtschaft und

Dienstleistungen beziehen soll. Von diesen Mitteleinkommensländern erwartet die EU auch mehr Entgegenkommen (Reziprozität) bei der Öffnung der eigenen Märkte und der Akzeptanz europäischer Standards als dies gegenüber den ärmeren Staaten gilt.

Den LDC gewährt die EU (als einziges Industrieland) einseitigen und vollkommen zoll- und quotenfreien Zugang zu ihren Märkten. Aus diesem Grund besteht für diese Ländergruppe wenig Anreiz, mit der EU über ein Handelsabkommen zu sprechen. Dies erwies sich bereits als extremer Hemmschuh bei den Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die die einseitigen Handelspräferenzen unter den Lomé- und Cotonou-Abkommen durch *regionale* WTO-konforme Abkommen ersetzen sollten – denn die meisten Regionalgemeinschaften umfassen nicht nur Mitteleinkommensländer, sondern auch LDC. Im Rahmen der WPA gewährt die EU den Partnerländern (überwiegend afrikanische Länder mittleren Einkommens) ebenfalls freien Zugang zu ihrem Markt.

Der Großteil der Staaten Sub-Sahara-Afrikas hat also bereits heute vollkommen freien Zugang zum Markt der EU und die Staaten Nordafrikas sowie Südafrika verfügen über weit gehende Handelspräferenzen. Ein ökonomischer Anreiz, ein gesamtafrikanisches Freihandelsabkommen neu zu verhandeln, besteht also nicht, ganz abgesehen davon, dass die Handelsverhandlungen mit der EU für die meisten Länder nicht lange her sind und sich zudem mühsam über einen sehr langen Zeitraum erstreckten.

Ein weiteres Problem wäre, dass es sehr schwierig ist, in einer EU-AU-Freizone, die sämtliche afrikanischen Staaten umfasst, auf spezielle Bedürfnisse *einzelner* Länder Rücksicht zu nehmen. Konkret bedeutet dies, die afrikanischen Staaten müssten sich einigen, welche Produkte sie als sensible Produkte von der Liberalisierung ausnehmen möchten – mit der Gefahr, dass vor allem schwache kleine Länder ihre Schutzinteressen nicht ausreichend zu Geltung bringen könnten und überfordert würden.

Zudem ist es grundsätzlich eine große Herausforderung, ein Freihandelsabkommen so auszugestalten, dass es zu nachhaltiger Entwicklung und der Bekämpfung von Armut beiträgt. Dies gälte nicht nur für ein EU-AU-FHA, sondern gilt bereits für die Schaffung der AfCFTA. Die vorgesehene Liberalisierung muss auf die Ausgangssituation der jeweiligen Länder Rücksicht nehmen. Es müssen begleitende Politiken entworfen werden, mit denen negativen Liberalisierungswirkungen begegnet werden kann. Für die langfristige wirtschaftliche und politische Stabilität der Freihandelszone wird es wichtig sein, Ausgleichsmechanismen zu schaffen für die Länder, die in geringerem Maße von ihr profitieren. Die dafür notwendigen Analysen und die Umsetzung von politischen Schritten, Gesetzen, der Schaffung oder Stärkung von Institutionen und Infrastruktur verlangen erhebliche Human- und finanzielle Kapazitäten. Die afrikanischen Staaten werden diese vermutlich lieber in die Weiterentwicklung der AfCFTA stecken als in Verhandlungen mit der EU. Was ihre Beziehungen zur EU angeht, so sollten sie nur darauf achten, dass sie die EU handelspolitisch nicht besser behandeln als ihre afrikanischen Partner. Das heißt, die Handelspräferenzen gegenüber den AfCFTA-Partnern müssen größer sein als die, die im Laufe der Liberalisierungsprozesse der unterschiedlichen WPA gegenüber der EU eingeräumt werden. Die afrikanischen Staaten können dies auch ohne Beteiligung der EU sicherstellen. Gleiches gilt übrigens für die FHA afrikanischer Staaten mit anderen Ländern und Regionen.

Wie also sollte sich die EU zum Inkrafttreten der AfCFTA verhalten? Sie sollte (weiterhin, denn Mitgliedstaaten und Kommission haben dies auch bisher getan) den Verhandlungsprozess zur

fCFTA durch handelsbezogene Entwicklungspolitik unterstützen, genau wie die Umsetzung eines Abkommens, das die nachhaltige Entwicklung der beteiligten Länder fördert.

Die EU sollte nicht selbst Verhandlungen über ein EU-AU-Freihandelsabkommen fordern oder vorschlagen. Sie könnte sonst leicht den Eindruck erwecken, sie wolle sich nur besseren Zugang zu Afrikas Märkten verschaffen, denn immerhin gewährt sie den LDC bisher freien Marktzugang ohne Gegenleistung. Eine andere vorstellbare Motivation, nämlich Verhandlungen mit der EU seien nötig, weil die EU mit den Assoziierungs- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die afrikanischen Partner überrumpelt hätte und nun irgendetwas richtig stellen müsse, spricht den afrikanischen Staaten die Souveränität ab, über ihre Handelspolitik selbst entschieden zu haben und weiter entscheiden zu können. Wir sollten stattdessen davon ausgehen, dass afrikanische Staaten ebenso wie die AU in der Lage sind, ihre handelspolitischen Interessen selbst zu definieren und zu vertreten.

Sollte von afrikanischer Seite allerdings Interesse an einem EU-AU-FHA geäußert werden, so sollte die EU dafür offen und bereit sein, auf afrikanische Handelsinteressen einzugehen. Die EU hat eine solche Offenheit übrigens im September vergangenen Jahres in Form einer Rede von Kommissionspräsident Juncker bereits gezeigt. Sollten die afrikanischen Staaten zu der Einschätzung kommen, Verhandlungen über ein EU- AU-Handelsabkommen seien sinnvoll, kann die AU jederzeit darauf zurückkommen. Nach allem vorher Gesagten ist damit nicht in Kürze zu rechnen; im Gegenteil kann es durchaus sein, dass ein afrikanischer Wunsch nach einem solchen Abkommen erst in sehr ferner Zukunft (oder auch gar nicht) geäußert werden wird.

Von: Evita Schmiege, Dr., Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. Sie leitet derzeit bei der ein BMZ-finanziertes Projekt zum Thema Außenwirtschaft und internationale Nachhaltigkeitsziele, Blogbeitrag auf Weltneuvermessung, 2019

Hintergrund

Wird die umfassende afrikanische Freihandelszone den Kontinent beflügeln?

Seit dem 7. Juli befindet sich die potenziell größte Freihandelszone der Welt auf dem afrikanischen Kontinent. Im März 2018 beschloss die Afrikanische Union (AU) mit der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder die Gründung der *African Continental Free Trade Area (AfCFTA)*, die inzwischen von 54 Staaten unterzeichnet wurde, einzig Eritrea fehlt. Die AfCFTA wurde am vergangenen Wochenende offiziell gestartet, nachdem die notwendige Voraussetzung der Ratifizierung durch 22 afrikanische Staaten bereits im April 20129 erfüllt worden war.

Jedoch wird es noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Freihandelszone wirklich implementiert ist. Die AfCFTA enthält Bestimmungen zum Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie zur Personenfreizügigkeit. Diese werden momentan in einer ersten Phase ausgehandelt. Gegenstand einer zweiten Verhandlungsphase sind Wettbewerbspolitik, Rechte an geistigem Eigentum und Investitionen. Auch ist das genaue organisatorische Arrangement noch nicht geklärt. Fest steht die Existenz eines Streitbeilegungsmechanismus. Das gesamte Abkommen ist an die WTO angelehnt – was als ein durchaus sinnvoller Schritt zu bewerten ist.

Das vorrangige Ziel der AfCFTA ist die Förderung des innerafrikanischen Handels und der weiteren Industrialisierung Afrikas. Dies ist notwendig, da afrikanische Länder sich in den vergangenen Jahren eher deindustrialisiert haben. Ein sekundäres Ziel ist die Harmonisierung der verschiedenen bestehenden afrikanischen Handelsregelungen und -institutionen, um Handelsströme zu steigern und effektiver zu steuern. Dieses Ziel spiegelt sich in der letztendlichen Absicht wider, einen gemeinsamen afrikanischen Markt und eine kontinentale Zollunion mit 55 Ländern zu schaffen. Kann die AfCFTA diese beiden Ziele erreichen und somit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents beitragen?

Zum Verständnis der potentiellen Probleme ist es wichtig zu verstehen, dass die meisten AU-Mitgliedsstaaten auch Mitglieder in Regionalen Integrationsräumen (*Regional Economic Communities* – RECs) sind. Bisher ist die Beziehung zwischen AfCFTA und RECs nicht geklärt, und eine solche Klärung erschwert sich dadurch, dass die acht existierenden RECs über unterschiedliche Standards und Verfahren verfügen.

Unabhängig davon sind die Verhandlungen nicht einfach. Bislang konnten die größten Verhandlungsfortschritte im Warenhandel erzielt werden, obwohl Beobachter auch dort etliche Schwierigkeiten sehen.

- Die meisten Länder exportieren Güter des primären Sektors wie Bergbauerzeugnisse und landwirtschaftliche Produkte (*Cash crops*) und importieren gleichzeitig eine Vielzahl von vorwiegend außerhalb des Kontinents hergestellten Industrie- und Produktionsgütern. Der Privatsektor ist in der Regel relativ schwach und besteht überwiegend aus kleinen und informellen Unternehmen. Infolgedessen wird es vermutlich lange Listen der Produkte geben, die als „sensibel“ oder „für die Liberalisierung ausgeschlossen“ eingestuft werden können. Da das innerafrikanische Handelsniveau niedrig ist, äußerten einige Vertragsstaaten die Sorge, dass ein Land selbst durch eine kleine Liste an Ausnahmen alle Einfuhren seiner afrikanischen Handelspartner von der Liberalisierung ausschließen könnte. Die angedachte Anti-Konzentrationsklausel würde dies verhindern, indem sie das Land verpflichtet, nicht alle Ausnahmen auf bestimmte Sektoren und Produkte zu konzentrieren. Die Vertragsstaaten scheinen jedoch weiterhin darüber gespalten zu sein, wie die entsprechende Anti-Konzentrationsformel konstruiert werden könnte oder sollte.
- Offen ist zudem die Frage, wie die Liberalisierung mit Blick auf die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) innerhalb der Zollunion ausgestaltet wird.
- Außerdem sind Details von Schutzbestimmungen („safeguard clauses“) noch unklar. Sie beinhalten den möglichen Einsatz von Antidumping-, Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen wie etwa Ausgleichszöllen.
- Weiterhin bleibt die Frage nach der Wahl der Güterkategorisierung, offen, für die die Verhandlungen und die anschließende Liberalisierung gelten. Die Vertragsstaaten implementieren bislang unterschiedliche Versionen des Harmonisierten Systems. Die Antwort auf diese scheinbar technische Frage kann erhebliche praktische Auswirkungen haben.
- Schließlich wäre es für Unternehmen wichtig, bald Klarheit über die Ursprungsregeln zu bekommen; eine enge Definition kann zu hohen Transaktionskosten führen und den Handel weiter einschränken.

Die Verhandlungen zu Dienstleistungen konzentrieren sich auf fünf Sektoren: Finanzen; Telekommunikation, Transport, Tourismus und Unterhaltung. Die „Netzwerkdienstleistungen“ – Finanzen, Telekommunikation und Transport – sind wesentliche Bestandteile von Produktionsprozessen in offenen Volkswirtschaften. Ebenso ist der Zugang zu schneller, qualitativ hochwertiger

und erschwinglicher Telekommunikation eine unabdingbare Voraussetzung für die Koordinierung komplexer Lieferketten, auch über Grenzen hinweg, und für ein wirksames Management von Unternehmen im weiteren Sinne. Da diese Dienstleistungen auf den meisten afrikanischen Märkten nicht in vollem Umfang verfügbar sind und in einigen Fällen wettbewerbsfähiger von ausländischen, einschließlich afrikanischen, Anbietern bezogen werden könnten – sei es durch Direktinvestitionen oder durch grenzüberschreitende Belieferung – liegt es im Interesse der afrikanischen Industrieunternehmen, mehr Wettbewerb in der Bereitstellung von Dienstleistungen sicherzustellen. Die Verhandlungen befinden sich allerdings in einem vergleichsweise frühen Stadium.

Insgesamt kann noch kein Urteil über die Auswirkungen der AfCFTA auf den Marktzugang gefällt werden. Allerdings lässt die Art und Weise, wie sich die Verhandlungen bisher entwickelt haben, darauf schließen, dass die AfCFTA auf absehbare Zeit relativ wenig zum Aufschwung in Afrika beitragen wird. Dennoch sollte das Abkommen als Ausgangspunkt für den Aufbau einer tiefen kontinentalen Wirtschaftsintegration angesehen werden. Es ist zu hoffen, dass die afrikanischen Staats- und Regierungschefs mit der Notwendigkeit dieser Entwicklung übereinstimmen. Es würde sehr helfen, wenn ausländische Partner – allen voran die Europäische Union – die AfCFTA als Chance begriffen, um den Wohlstand in Afrika mit positiven Folgen für Europa in politischer und ökonomischer Hinsicht nachhaltig zu steigern. Das bedeutet aber eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Mischung aus Protektionismus gegen afrikanische Produkte, Bevormundung afrikanischer Partner und ineffektiver Entwicklungshilfe.

Von: Andreas Freytag, Professor Dr., Universität Jena, Schumpeter-Zentrum zur Erforschung des sozialen und ökonomischen Wandels (JSEC), Blogbeitrag auf Weltneuvermessung, 2019, ursprünglich in Wirtschaftswoche: <https://www.wiwo.de/politik/ausland/freytags-frage-wird-die-neue-freihandelszone-afrika-befluegeln/24584292.html>

15. November 2019

18:30 Uhr

Afrika MITTEN in Berlin im Afrika-Haus 2019/3

Einladung zur Eröffnung des Lern- und Erinnerungsortes Georg Adolf Christiani

Das Afrika-Haus / Farafina e.V. und der „Helle Panke“ e.V. laden Sie herzlich ein zur Eröffnung des Lern- und Erinnerungsortes **Georg Adolf Christiani** mit der Dauerausstellung des Afrika-Hauses sowie zum Podiumsgespräch über das koloniale Erbe und kulturellen Zusammenhalt.

LERN- UND ERINNERUNGORT



„GEORG ADOLF CHRISTIANI“

im AFRIKA-HAUS BERLIN

*Georg Adolf Christiani ist der erste Afrikaner, der nachweislich in Berlin gelebt hat. Mit dem Namen Ebnu kam er 1678 nach Berlin. Im Jahr 1681 wurde er in Spandau auf den Namen **Georg Adolf Christiani** getauft. Nicht auszuschließen ist, dass Ebnu aus dem heutigen Ghana stammte, wo 1683 die kurbrandenburgisch-preußische Stützpunktkolonie Großfriedrichsburg gegründet wurde.*

18:30 Uhr:

Eröffnung des Lern- und Erinnerungsortes Georg Adolf Christiani mit der Dauerausstellung des Afrika-Hauses: „Berlin: Eine (post-)koloniale Metropole“

19.30 Uhr:

Podiumsdiskussion zum kolonialen Erbe und kulturellen Zusammenhalt

Zwischen 1884 und 1919 war Deutschland eine Kolonialmacht. In der Hauptstadt Berlin entstand eine differenzierte Infrastruktur von kolonialen Verwaltungseinrichtungen und Organisationen. In vielfältiger Weise bildete sich der Status Deutschlands als Kolonialmacht auch in anderen Bereichen ab. So fanden etwa Gegenstände aus den Kolonien vermehrt Eingang in museale Sammlungen, und in Kolonialwarenläden wurden Erzeugnisse aus den Kolonien angeboten.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Vertrag von Versailles 1919 war die Phase des deutschen Kolonialbesitzes beendet. Keineswegs aber endeten damit die Auswirkungen, die der deutsche Kolonialbesitz im Hinblick auf Politik und das Denken in der deutschen Gesellschaft hatte.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat unter dem Punkt „XIII Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie leben“ das Thema der Aufarbeitung des Deutschen Kolonialismus im jüngsten Koalitionsvertrag verankert: „Die Koalitionsparteien sehen die historische Aufarbeitung ... als gesamtgesellschaftliches Anliegen.“

In der Koalitionsvereinbarung auf Berliner Landesebene zwischen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90 / Die Grünen für die Legislaturperiode 2016-2021 nimmt die Aufarbeitung deutscher Kolonialverbrechen ebenfalls einen bedeutenden Stellenwert ein: „Eine besondere Verpflichtung sieht die Koalition hinsichtlich der Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen wie dem Völkermord an den Herero und Nama.“

Auch in der Vereinbarung zwischen Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD (Kreisverbände Mitte und Fraktion in der BVV Mitte) wurde unter Punkt 5.4 Kulturbezirk Mitte festgeschrieben: „Die Erinnerungskultur wird unterstützt und in bisherigen Umfang weitergeführt.“

Die Bekundung dieses politischen Willens lässt erhoffen, dass wir gemeinsam diese Zeit durchforsten, aufklären, Stimmen aller Betroffenen zu Gehör bringen, Konsequenzen ziehen und dass wir auf Landes- und Bundesebene auf dieser Basis eine friedliche Gegenwart und Zukunft gestalten.

Darüber diskutieren an diesem Abend:

Prof. Dr. Bénédicte Savoy, Technische Universität Berlin und College de France Paris

Tobias Rieder, Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Persönlicher Referent des Senators

Sabine Weißler, Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur, Umwelt und Naturschutz im Bezirk Mitte

Oumar Diallo, Diplom-Soziologe und Leiter des Afrika-Hauses

Moderation: Dr. Joachim Zeller, namibisch-deutscher Historiker

ERÖFFNUNG DER DAUERAUSSTELLUNG: GEORG ADOLF CHRISTIANI. BERLIN – EINE (POST-)KOLONIALE METROPLE

Die am 15. November im Afrika-Haus Berlin eröffnete Dauerausstellung ist dem ersten Afrikaner gewidmet, der nachweislich in Berlin gelebt hat. Der aus dem heutigen Ghana Stammende kam 1678 mit dem Namen Ebnu im Umfeld der damaligen Kurfürstlich-Brandenburgischen Expedition zu den Küsten Westafrikas an die Spree. 1681 wurde er in Spandau auf den Namen Georg Adolf Christiani getauft.

Die Gäste des Abends hatten zunächst Gelegenheit, die verschiedenen historischen Etappen und Spuren des Lebens schwarzer Menschen in der deutschen Hauptstadt zu erleben.

Die Dauerausstellung wurde als Lern- und Erinnerungsort konzipiert



Schautafeln der als Lern- und Erinnerungsort konzipierten Dauerausstellung informieren beispielsweise über den Kameruner Mebenga M’Ebono, den ein Offizier der deutschen Kolonialtruppen 1881 nach Berlin mitbrachte. Er kehrte als Soldat ebendieser so genannten Schutztruppe in seine westafrikanische Heimat zurück, war an „Strafexpeditionen“ gegen seine Landsleute beteiligt, quittierte schließlich den Militärdienst und schmiedete unter dem Namen Samba gegen die Kolonialmacht Pläne, die 1914 aufgedeckt wurden – er wurde wegen Hochverrates hingerichtet. In Kamerun gilt Paul Martin Samba als Nationalheld.

Hingewiesen wird aber auch auf die Spuren kolonialer Vergangenheit im heutigen Berlin: Zahlreiche Straßen im Bezirk Mitte sind nach Protagonisten der deutschen Kolonialgeschichte benannt, so nach

Adolf Lüderitz im Afrikanischen Viertel. Der Bremer Kaufmann drängte 1884 die deutsche Regierung, eine Bucht im südwestlichen Ende von Afrika in Besitz zu nehmen - Ausgangspunkt der Eroberung von Deutsch-Südwest-Afrika, dem heutigen Namibia. Die Lüderitzstraße soll aktuell nach einem der indigenen Anführer im Aufstand der Nama gegen die deutschen Kolonialtruppen in „Deutsch-Südwest“ 1904/ 1906 in Cornelius-Frederiks-Straße umbenannt werden.

PODIUMSDISKUSSION: Koloniales Erbe und kultureller Zusammenhalt

Bis 2016 war post-koloniale Geschichte in Berlin kein großes Thema

Dieser historische Spannungsbogen bildete die Grundlage der sich anschließenden Podiumsdiskussion in der Bochumer Straße 25 im Berliner Stadtteil Wedding. Dazu hatten **Prof. Dr. Bénédicte Savoy** (Technische Universität Berlin und College de France Paris), **Tobias Rieder** (Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Persönlicher Referent des Kultursenators Klaus Lederer), **Sabine Weißler** (Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur, Umwelt und Naturschutz im Bezirk Mitte von Berlin) und **Dr. Joachim Zeller** (Namibisch-deutscher Historiker), der die Runde moderierte, Platz genommen.



Eingangs würdigte Bezirksstadträtin Sabine Weißler die Rolle des in Sachen koloniales Erbe und kultureller Zusammenhalt arbeitenden Afrika-Hauses. Ausdruck der Anerkennung der Kompetenz seiner Mitarbeiter sei unter anderem auch die Unterstützung der seit 1993 bestehenden Einrichtung durch Politik und Verwaltung über Berlin hinaus. Joachim Zeller betonte als Historiker in diesem Zusammenhang, dass das Haus auf Initiative seines Leiters, Oumar Diallo, eines schwarzen Deutschen, gegründet worden sei.

Tobias Rieder vom Berliner Senat führte aus, dass bis zum Beginn der Arbeit des aktuellen, auf einer Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus aus SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Grüne basierenden

Senats im Jahr 2017, afrikanische Geschichte in der Stadt keine große Rolle gespielt habe. Seither seien Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden, unter anderem für eine Stelle in der Senatsverwaltung für den Themenkomplex Erinnerungskultur.

Bénédicte Savoy, als Dozentin in Berlin aber auch Paris tätig, wurde zum französischen Ansatz in puncto kolonialer Erinnerungskultur befragt. Es sei einerseits erstaunlich, antwortete sie, was passiere, wenn man einmal den Deckel aufmache, der über dieses Thema in Frankreich nach wie vor gelegt sei. In ihrem Heimatland mit seinen zahlreichen ehemaligen Kolonien vor allem in Westafrika und Algerien sei das Thema postkoloniale Erinnerungskultur nach wie vor ein Tabuthema. Das sei umso erstaunlicher, da die Spuren und erst recht Auswirkungen französischer Kolonialpolitik bis in die sozialen Brennpunktviertel rund um die Hauptstadt Paris reichten.

Auf der anderen Seite habe jüngst der französische Staatspräsident Macron mit seiner Entscheidung zur konsequenten Rückgabe in der Kolonialzeit geraubter Kulturgüter aus den Beständen französischer staatlicher Museen ein Zeichen gesetzt. Allerdings habe es dazu keine vorherige Diskussion in der Zivilgesellschaft gegeben.

Das Berliner Humboldt-Forum steht exemplarisch für die Auseinandersetzung um postkoloniale Erinnerungskultur

Der Umgang mit den aus der deutschen Kolonialzeit stammenden und für Ausstellungen im Berliner Humboldt-Forum bestimmten Kulturgüter Afrikas bestimmte den weiteren Verlauf der Diskussion, in die sich das gut dreißig Gäste zählenden Publikum lebhaft einmischte. Ein Gast aus dem Publikum fragte etwas provokativ, warum man in Deutschland beziehungsweise Europa Millionenbeträge für afrikanische Erinnerungskultur ausbebe, die doch eigentlich ihren Platz auf dem schwarzen Kontinent selbst haben müsse.

Bénédicte Savoy konnte dazu mit Informationen aus erster Hand dienen, war sie doch aus dem das die Konzeption und den Bau des Hauses begleitenden Kuratoriums zurückgetreten. Sie führte aus, dass es nichts bringe, wenn vorgesehen sei, im Innern des preußische Historie atmenden Baus auf Verbrechen in Belgisch-Kongo hinzuweisen, wenn den Eingangsbereich eine gewaltige Kolonialkarte eben dieses Gebietes zieren werde. So eine Planung sei exemplarisch für das gesamte Vorhaben.

Der Abend zeigte, dass die dem ersten schwarzen Menschen in Berlin, **Georg Adolf Christiani**, gewidmete Ausstellung sowohl als Teil der aktuellen Diskussionen zum Thema Erinnerungskultur passt, als auch ihren Platz im Rahmen der Aufklärung über Afrikaner in Berlin gestern und heute hat.

Hintergrund

Berlin dekolonisieren

Das Afrika-Haus präsentiert die Dauerausstellung „Berlin – ein postkolonialer Erinnerungsraum“

Wer war Georg Adolf Christiani? Wohl wenige könnten diese Frage beantworten, selbst Fachleute würden vermutlich nur mit der Achsel zucken. Doch jetzt gibt es die Möglichkeit, sich über diesen Menschen und die mit ihm verbundene Geschichte zu informieren. Möglich ist dies im Afrika-Haus in der Bochumer Straße, gelegen im Stadtteil Moabit der Bundeshauptstadt, wo seit kurzem die Ausstellung „Berlin – ein postkolonialer Erinnerungsraum“ zu sehen ist. Gewidmet ist sie Georg Adolf Christiani. Nach allem was bekannt ist, war er der erste Afrikaner, der nachweislich in Berlin

gelebt hat. Mit dem Namen Ebnu kam er im Jahr 1678 nach Berlin und wurde 1681 in Spandau auf den Namen Georg Adolf Christiani getauft. Nicht auszuschließen ist, dass Ebnu aus dem heutigen Ghana stammte, wo im Jahr 1683 die kurbrandenburgisch-preußische Stützpunktkolonie Großfriedrichsburg gegründet wurde. Damit sind die beiden zentralen Themenbereiche der neu eingerichteten Ausstellung benannt, nämlich die afrikanische Diaspora in Berlin und der deutsche Kolonialismus, der weiter zurückreicht, als dies gemeinhin bekannt ist.

Das Afrika-Haus ist ein interkulturelles Begegnungszentrum, in dem Konzerte, Lesungen, Vorträge, Konzerte, Ausstellungen und Theateraufführungen veranstaltet werden rund um die Geschichte, Politik, Literatur und Philosophie Afrikas sowie die afrikanisch-europäischen Beziehungen. Gegründet wurde es von Oumar Diallo, der aus dem westafrikanischen Guinea stammt. Träger des mittlerweile seit über 25 Jahren bestehenden Afrika-Hauses (www.afrikahaus-berlin.de) ist der ebenfalls von Oumar Diallo ins Leben gerufene gemeinnützige Verein Farafina e.V. Der Name Farafina bedeutet in der Sprache der grenzüberschreitenden westafrikanischen Sprache Malinke ‚Afrika‘. Das Wort steht für die Gemeinschaft im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen. So versteht sich der Verein als Mittler zwischen Menschen verschiedener Herkunft, Sprache und Kultur. Der Fokus des Afrika-Hauses richtet sich auf Integration, entwicklungspolitische und transkulturelle Bildungsarbeit. Farafina setzt sich besonders auch für *Empowerment* der Menschen mit afrikanischen Wurzeln, Toleranz und gesellschaftliche Teilhabe ein und engagiert sich gegen jegliche Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das neueste Projekt des Afrika-Hauses ist die im Jahr 2019 eröffnete Dauerausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte, mit dem besonderen Fokus auf die (post-)koloniale Metropole Berlin. Die auf großen Stelltafeln präsentierte, sich an ein breites Publikum richtende Ausstellung spannt einen Bogen von mehreren hundert Jahren. Den Beginn markieren die frühen, von deutscher Seite unternommenen Expansionsversuche nach Übersee. Dazu gehört die Statthalterschaft der Welser im heutigen Venezuela im Jahr 1528. Diese frühneuzeitliche Expansionsgeschichte Europas in der Folge der portugiesischen Erkundungsfahrten entlang der afrikanischen Westküste unter Heinrich dem Seefahrer und der „Entdeckung“ Amerikas durch Christopher Kolumbus im Epochenjahr 1492 führte zu dem, was heute als Globalisierung vor der Globalisierung genannt wird. Im Verlauf dieses Prozesses kam es zur Durchsetzung des europazentrischen kapitalistischen Weltmarktes und der transatlantischen Erweiterung des Handels mit versklavten Afrikanern.

Dazu gehört auch der erste kurbrandenburgisch-preußische Kolonisationsversuch, der Ende des siebzehnten Jahrhunderts unter Kurfürst Friedrich Wilhelm an der westafrikanischen Küste unternommen wurde. 1682 waren die ersten, unter dem roten Adler der Hohenzollern segelnden Schiffe an der so genannten Goldküste gelandet. Über seine Kolonie Großfriedrichsburg beteiligte sich Brandenburg-Preußen nicht nur am Handel mit Gold und Elfenbein, sondern auch mit Sklaven. Um die 20.000 versklavte Menschen soll die Brandenburgisch-Africanische Compagnie nach Amerika verschifft haben, eine Tatsache, die Preußen-Fans mitunter nur ungern zur Kenntnis nehmen. Der bei Princes Town im heutigen Ghana liegende vollständig erhaltene Festungsbau Großfriedrichsburg gehört heute als Mahnmal zum Weltkulturerbe der UNESCO.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Zeit der Überseeherrschaft des wilhelminischen Kaiserreichs (1884/85-1918/19). Die Besucher*innen können sich darüber informieren, dass das Deutsche Reich von 1871 durch seine expansive Politik nicht mehr nur eine kontinentale Großmacht, sondern gar eine „Weltmacht“ zu sein beanspruchte. Das deutsche Kolonialprojekt war wie der europäische bzw. angloamerikanische Kolonialimperialismus jener Tage durch Weltmacht-

ansprüche, wirtschaftspolitisches Dominanzstreben, nationales Prestige und ein rassistisch-sozialdarwinistisch unterfütterter Überlegenheitsdünkel gegenüber dem „Rest der Welt“ geprägt. In dem zum Zentrum des deutschen Kolonialimperialismus avancierten Berlin entstand seinerzeit eine Infrastruktur von kolonialen Verwaltungseinrichtungen, wissenschaftlichen Institutionen, Missionsgesellschaften bis hin zu Verbänden der Koloniallobby. Kolonialwarenhäuser boten Erzeugnisse aus den Kolonien zum Verkauf an. Das Völkerkunde-Museum (heute Ethnologisches Museum) der Reichshauptstadt füllte sich – wie viele weitere Museen im Deutschen Reich – mit den in den Kolonien „erworbenen“ Objekten und Kunstwerken. Natürlich fehlt auch nicht eines der wichtigsten Ereignisse der deutschen – und darüber hinaus der europäischen – Kolonialgeschichte, das in Berlin stattgefunden hat, nämlich die berüchtigte „Kongo-Konferenz“ von 1884/85 zur Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten. So wird in manchen Ländern Afrikas die Aufteilung des Kontinents in Kolonien auch „Berlinisation“ genannt.

Ein besonderes Anliegen die Ausstellung ist es, die kolonisierten Völker nicht einseitig als Opfer der kolonialen Fremdherrschaft der Weißen zu betrachten, sondern auch ihre Handlungsspielräume und ihren Widerstand hervorzuheben. So wird beispielhaft auf wichtige Aufstände und Befreiungskriege verwiesen, wie den Boxerkrieg in China (1900/01), den Deutsch-Herero-Krieg und Deutsch-Nama-Krieg in Deutsch-Südwestafrika (1904-08), den Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (1905-07), die Mpawmanku-Kriege in Kamerun (1904) oder die Sokeh-Rebellion auf Ponape (1910/11). Sie alle zeugen von dem Ringen um Identitätsbehauptung und dem Willen der kolonisierten Völker, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln.

Nicht zuletzt wird die Geschichte der afrikanischen Diaspora beleuchtet, die auch auf Grund des kolonialen Engagements des Deutschen Reiches entstand. Einer der berühmtesten Persönlichkeiten unter den Schwarzen Berlinern war der aus Douala/Kamerun stammende Martin Quane a Dibobe. Er arbeitete einige Jahre als Zugführer bei den Berliner Verkehrsbetrieben. 1919 wandte er sich in einer an die Weimarer Nationalversammlung gerichteten Eingabe gegen den Bruch der Völker- und Menschenrechte in den deutschen Überseegebieten. Er und seine Mitstreiter forderten „Gleichberechtigung und Selbstständigkeit“ für die Menschen in und aus den deutschen Kolonien. Die Dibobe-Petition gilt heute als eines der ersten Dokumente des kollektiven Widerstands der afrikanischen Diaspora in Deutschland gegen Kolonialismus und Rassismus.

Mit dem Ersten Weltkrieg und dem Vertrag von Versailles, als das Deutsche Reich zwangsweise dekolonisiert und gewissermaßen zu einer postkolonialen Nation in einer immer noch kolonialen Weltordnung wurde, ist die Ausstellung keinesfalls beendet. Sie wird fortgesetzt mit der Geschichte des Kolonialrevisionismus in den 1920er und 1930er Jahren. Die verlorengegangenen Kolonien blieben noch lange Gegenstand schweifender Phantasien und nostalgischer Verklärung. Der sich in den 1920er Jahren formierende „Kolonialismus ohne Kolonien“ sollte den Status- und Machtverlust kompensieren, den die Deutschen hatten hinnehmen müssen.

Brandaktuelle Themen, wie die Initiativen zur Umbenennung kolonialer Straßennamen, die Repatriierungen von menschlichen Gebeinen an die vormaligen Kolonien, die Rückgabe von Objekten aus naturkundlichen Sammlungen bis hin zu der gegenwärtig kontrovers geführten Debatte um die koloniale Raubkunst im zukünftigen Humboldt Forum in Berlin-Mitte runden die Präsentation ab. Dem Humboldt Forum kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, ist es doch *der* postkoloniale Ort in Deutschland, der im Entstehen begriffen ist. Folgt man den Verlautbarungen der Verantwortlichen, so handelt es sich bei dem Vorhaben um das „wichtigste kulturpolitische Projekt in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts“. Nicht weniger als ein „Weltkulturmuseum“ neuen Formats, ein „Ort des Dialogs der Kulturen der Welt“ soll entstehen. Die Ausstellung im Afrika-Haus

schließt sich dagegen der in den letzten Jahren geäußerten Kritik an und nimmt eine klare Position zum Humboldt Forum ein: In dieser feudalistischen Herrschaftsarchitektur des rekonstruierten Stadtschlusses könne man keine „ethnologischen Objekte“ ausstellen, die koloniale Gier in die vormalige „Kolonialmetropole“ Berlin gebracht hat. Gefordert werden Restitutions von Kulturgütern aus Afrika und anderen Kontinenten.

Oumar Diallo gehört mit seinem mittlerweile zur Institution gewordenen Afrika-Haus zu jenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die ihren Beitrag dazu leisten wollen, die Dekolonialisierung Berlins voranzubringen. Er verweist darauf, dass eine wirkliche Dekolonialisierung, die den Namen verdient, neben den politischen und sozialökonomischen Prozessen auch Wissensarchive und Mentalitäten umfasst, um nicht zuletzt den „kolonialen Blick“ auf Afrika zu überwinden. Erreicht werden kann dies nur durch ein dialogisches Erzählen, eine inklusive Geschichtsschreibung und integrativ geprägte Erinnerungskultur, die die Stimmen der Opfer und Täter und ihrer Nachfahren, von Weißen und Schwarzen einschließt. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit bietet nicht zuletzt den Anlass dafür, über das Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft als Migrationsgesellschaft nachzudenken. Die Widerstände dagegen sind tagtäglich wahrzunehmen. Die „Neue Rechte“, vor allem die rechtspopulistische/rechtsextremistische AfD wettet gegen den angeblichen Schuldskult in unserer Gesellschaft. Sie betreibt einen regelrechten Kulturkampf, der sich hierzulande gegen ein weltoffenes, liberales Kulturleben richtet und auf eine Polarisierung der Gesellschaft abzielt. Die Partei versucht sich mit einer von völkischem Gedankengut geprägten Geschichtspolitik zu profilieren und attackiert eine *kritische Aufarbeitung der deutschen Geschichte und fordert eine „erinnerungspolitische Wende“*. Nach der Verharmlosung der NS-Zeit hat die AfD mittlerweile auch die deutsche Kolonialgeschichte ins Visier genommen, wie etwa der Mitte Dezember 2019 von ihr in den Bundestag eingebrachte Antrag „Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten“ zeigt. Er bedient sich einer rechtsextremistischen Rhetorik und folgt dabei nur allzu bekannten Mustern: Relativierung, Verharmlosung, Schönreden, Verleugnung der historisch belasteten Kapitel und Verhöhnung der Opfer.

Entgegen dieser reaktionären Tendenzen ist in der Bundeshauptstadt – wie in anderen Städten Land auf Land ab – einiges in Bewegung gekommen. Im August 2019 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus, die „Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus des Landes Berlins“ auf den Weg zu bringen. Zum anderen ist Anfang des Jahres 2020 eine auf die Dauer von fünf Jahren angelegte „Initiative für postkoloniales Erinnern in der Stadt“ gestartet worden. Geplant sind Ausstellungen, Veranstaltungen, Festivals und künstlerische Interventionen im Stadtraum sowie eine Web-Kartierung kolonialer Orte in Berlin, in Deutschland und in den vormaligen deutschen Kolonien. Koordiniert werden sollen die Vorhaben durch das zivilgesellschaftliche Bündnis „Decolonize Berlin“. Senat und Bund werden für das Projekt zusammen 3 Millionen Euro zur Verfügung stellen. In Zusammenarbeit mit dem Bund strebt die Landesregierung auch die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte als Lern- und Erinnerungsort an und die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek soll weiter ausgebaut werden.

Von dem Aktivist Oumar Diallo wird man sicherlich noch hören. Er will die Herausforderungen in unserer globalisierten Welt annehmen und hält es mit dem Motto, das Johann Wolfgang von Goethe in einem Briefwechsel mit Friedrich Schiller treffend ausgedrückte: „*Jeden Tag erwarte ich einen Weltbürger in meinem Hause, den ich doch gerne empfangen möchte.*“ Goethe erwartete die Weltbürger in seinem Hause in Weimar, Oumar Diallo empfängt sie in seinem Berliner Afrika-Haus.

Von: Dr. Joachim Zeller, namibisch-deutscher Historiker, Februar 2020

Die Museen und ihr koloniales Erbe – Die Überwindung der Berlinisation

In einigen Ländern Afrikas nennt man die Aufteilung des Kontinents in Kolonien schlicht Berlinisation. Könnten heute von Berlin Impulse für einen neuen Umgang miteinander ausgehen? Zwei Meinungen aus Daressalam und dem Bezirk Mitte.

Um all seine Bilder zu transportieren, braucht Douglas Kahabuka einen Rucksack und zwei große Sporttaschen. Mehrere schwere Mappen sind darin. Hunderte Bilder hat er mit in ein schickes Hotel in Daressalam gebracht. Nun verteilt er sie auf dem Boden des Speisesaals. Eine Kellnerin hebt die Augenbrauen, ihre Kollegen beginnen umgehend Platz zu schaffen, schieben Stühle und Tische zur Seite. Kahabuka breitet seine ganze Karriere aus. Lange malte er Landschaften, den Kilimandscharo oder die Weiten der Serengeti, dann die Wildtiere Tansanias, eine Zeit lang malte er abstrakt. Immer wieder hält er inne und freut sich wie ein Vater, der Fotos seiner Kinder dabei hat. Seine Augen leuchten, dann blättert er weiter.

Als er eine recht schmale Mappe öffnet, ändert sich seine Laune. Es sind die Motive, mit denen sich Kahabuka derzeit beschäftigt. Ihre Themen wühlen ihn auf. Seine Stimme wird lauter, manchmal bebzt Wut in ihr. Sie zeigen das Leben der Afrikaner während der Kolonialzeit in Deutsch-Ostafrika. „Dieses hier war besonders schmerzhaft zu malen“, sagt er über ein Bild, das Arbeiter auf einer Plantage für Sisal-Agaven zeigt. Aus ihren Fasern wurden Seile und Tawe gearbeitet.

Als Anfang des 20. Jahrhunderts in der Kolonie Deutsch-Ostafrika Steuern eingeführt worden waren, waren große Teile der Bevölkerung plötzlich auf Lohnarbeit angewiesen. „Unsere Großmütter, unsere Großväter haben hart gearbeitet, damit sie die Steuern zahlen konnten“, sagt Kahabuka. Die Zeiten, in denen sich Dörfer oder Nomaden selbst versorgen konnten, waren vorbei. Für viele Traditionen blieb keine Zeit mehr. „Von früh bis spät haben sie gearbeitet. Frauen haben ihre Neugeborenen bei der Arbeit gestillt“, sagt er. „Das alles, damit ein Produkt hergestellt werden konnte, mit dem anderswo unsere Chiefs erhängt wurden.“

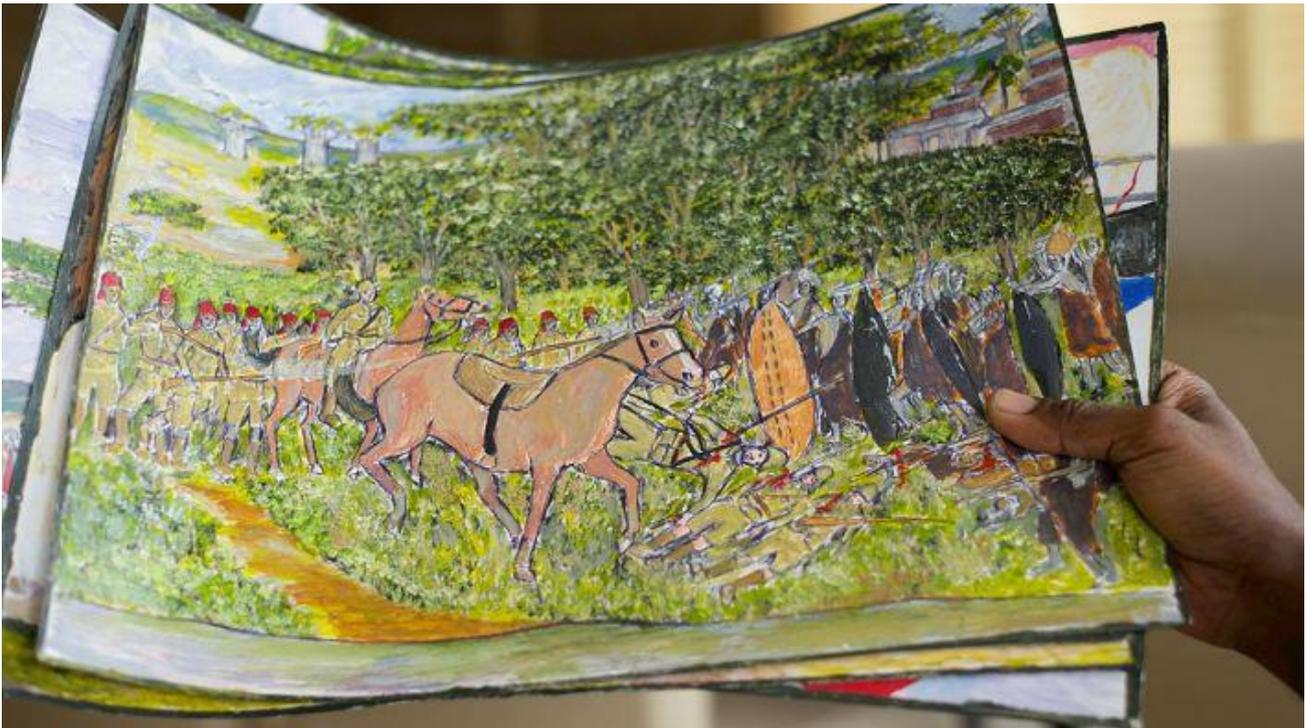
Die Perspektive der Nachfahren auf den Maji-Maji-Krieg

In anderen seiner Bilder ist der Horror, den die afrikanische Bevölkerung während der deutschen Kolonialzeit erlebt hat, offensichtlicher. In einem hängen Männer an einem Baum, am Boden liegen ihre Besitztümer in blutverschmierten Säcken, bereit zum Abtransport. Ein weiteres zeigt eine Schlacht im Maji-Maji-Krieg, der von 1905 bis 1907 im Süden der Kolonie tobte. Weitere Steuererhöhungen und Repressionen hatten den Unmut der Bevölkerung so weit geschürt, dass es zum Aufstand kam.

Eines der berühmtesten Bilder dieses Kriegs stammt vom deutschen Landschaftsmaler Friedrich Wilhelm Kuhnert. Er befand sich zu Beginn der Kämpfe auf einer deutschen Station im Zentrum des Landes. Von seinen Erlebnissen erzählt das Gemälde „Schlacht bei Mahenge“. Darauf sind mehrere Dutzend Askari-Krieger zu sehen, afrikanische Söldner, die in anderen Ländern rekrutiert wurden. Schutzsuchend knien sie hinter Steinen oder liegen im gelben Gras. In ihrer Mitte steht ein deutscher Offizier als einziger aufrecht. Mutig zeigt er in die Richtung der Maji-Maji-Krieger, deren Speere ihn nicht einmal annähernd erreichen. Die Angreifer selbst sind kaum als Menschen auszumachen. Sie sind nicht mehr als dunkle Punkte in der Ferne.

Das Bild von Douglas Kahabuka kehrt die Perspektive um. Bei ihm treffen beide Seiten direkt aufeinander. „Es waren Kämpfe des Widerstands“, sagt er. Die Deutschen reiten auf Pferden neben ihren Söldnern her. Gewehrkugel durchschlagen Holzschilde, Tote liegen auf beiden Seiten im Gras. „Die Deutschen waren davon ausgegangen, den Krieg innerhalb eines Jahres zu beenden“, sagt er. „Als die Kämpfe jedoch zweieinhalb Jahre andauerten, sagten sie: Schluss jetzt, wir beenden das.“

1907 begannen die Kolonialtruppen Felder und Dörfer in Brand zu setzen. Zehntausende Afrikaner starben auf den Schlachtfeldern des Maji-Maji-Kriegs, Hunderttausende verhungerten in der Zeit darauf. Schätzungen gehen davon aus, dass 300.000 Afrikaner ums Leben kamen, während auf Seiten der Kolonialherren etwas mehr als 400 starben, darunter viele Askari-Krieger.



Mit Gewehren gegen Sperre: Douglas Kahabukas Bild zeigt die Machtverhältnisse während des Maji-Maji-Kriegs

„Wir wollen eine Bühne haben“

Ähnlich wie Douglas Kahabuka versucht auch Oumar Diallo eine andere Perspektive zu eröffnen. Die der Afrodeutschen. Von Menschen, die als Migranten hierhergekommen sind, den Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht haben, oder derer, die hier geboren sind. Der 64-Jährige kam in Conakry zur Welt, der Hauptstadt des westafrikanischen Staats Guinea. Doch die Stadt, die sein Leben auf mehr als eine Weise geprägt hat, ist Berlin. Das erste Mal hörte er von ihr als Schulkind. Im Unterricht war von der *Berlinisation* die Rede – der Aufteilung des afrikanischen Kontinents, deren Regeln während der Berliner Kongo-Konferenz festgelegt wurden.

Seit einigen Jahrzehnten lebt Diallo selbst in Berlin. Hier hat er erst eine Familie gegründet und später das Afrika-Haus Berlin mit anderen Afrikanern und deutschen Freunden. 27 Jahre ist das her. „Als wir nach Deutschland gekommen sind, haben wir immer wieder gehört: 'Deutschland hat nichts mit Kolonialismus zu tun'; oder: 'Das war doch nur eine kurze Zeit, andere waren da viel schlimmer als die Deutschen'.“ Nichts davon ist wahr, sagt Diallo. Andererseits zeige es, dass das Thema lange verdrängt wurde. Mit einer Begegnungsstätte wollten sie an alten Vorurteilen rütteln.

Zwar habe es immer Einrichtungen gegeben, die gute Aufklärungsarbeit geleistet haben, sagt Diallo und nennt etwa das Haus der Kulturen der Welt. „Aber wir waren unzufrieden, denn es gibt nicht nur Wissenschaftler, es gibt auch Aktivisten, auch die afrikanische Diaspora muss vertreten sein“, wenn es um das Thema Kolonialismus geht. Außerdem sei es wichtig, dass jeder das Thema versteht. Die Wissenschaft sei oft zu verkopft. „Wir wollten eine Bühne haben. Eine Bühne, die für die deutsch-afrikanische Freundschaft und Begegnung ist.“ In der Bochumer Straße in Mitte haben sie einen Platz für ihre Bühne aufgebaut.

Berlins vergessene Afrikaner

Diallo betont immer wieder, dass es im Afrika-Haus Berlin nicht um Schuldzuweisungen geht, sondern um Spurensuche. Viele Orte, die in der Stadt etwas von der deutschen Kolonialvergangenheit erzählen könnten, sind verschwunden. Das Reichskanzlerpalais, in dem die Kongo-Konferenz stattfand, wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, ebenso wie das Gebäude, in dem sich bis 1919 das Reichskolonialamt befand. Überlebt haben lediglich Straßennamen, die einen kolonialen oder sogar rassistischen Hintergrund haben, den viele allerdings vergessen hätten, sagt Diallo.

In Vergessenheit ist auch das Leben der ersten Afrikaner in der Region geraten. Das Afrika-Haus Berlin widmet ihnen eine kleine Ausstellung. Da wäre etwa Gustav Sabec el Cher, der am 10. März 1868 in Berlin geboren wurde. Er war 22 Jahre beim preußischen Militär und schaffte es bis in den Rang eines Offiziers. Es gibt ein Porträt von ihm mit stattlichem Bart à la Bismarck. Oder Martin Dibobe, ein Kameruner der 1896 als Jugendlicher für die erste Afrikaschau nach Berlin kam. Der rassistischen Menschenschau kehrte er bald den Rücken zu. In Strausberg machte er eine Lehre zum Schlosser. Schließlich wurde er Zugführer bei der Berliner Hochbahn, der Vorgängerin der BVG. 1919 ging Dibobe zurück nach Kamerun, nachdem klar geworden war, dass Menschen aus den ehemaligen Kolonien in der Weimarer Republik nicht die gleichen Rechte erwarten konnten wie die Deutschen.



Oumar Diallo ist Projektleiter im Afrika-Haus Berlin im Bezirk Mitte

Seit der Gründung des Hauses habe sich bereits vieles getan, sagt Diallo. 1993 hätte er sich nicht erträumen können, dass die Aufarbeitung der Kolonialzeit mal in Koalitionsverträgen stehen könnte, so wie es die derzeitigen Regierungen im Bund und in Berlin vereinbart haben. „Es hat sich politisch schon was bewegt, aber es muss noch viel getan werden“, sagt er. „Die Herausforderung für die moderne Gesellschaft ist, dass man endlich mal einen Weg finden muss, damit wir gemeinsam friedlich zusammenleben.“

Der Adler mit dem Sack voll Menschenknochen

Für den tansanischen Maler Douglas Kahabuka hat dieser Weg auch etwas mit dem Umgang mit Raubgütern zu tun, die in deutschen Museen lagern. So sieht er etwa das Humboldt-Forum kritisch. Einerseits sagt er: „Ich glaube, es ist gut, dass Generationen junger Deutscher so von der Vergangenheit ihres Landes als Kolonialmacht erfahren.“ Andererseits befürchtet er, „dass wir diese Objekte nicht zu unseren Bürgern bringen können. Sollen die etwa für immer im Humboldt-Forum bleiben?“

Für das Projekt Humboldt-Lab Tanzania war Kahabuka einer von vier afrikanischen Künstlern, die sich mit Objekten auseinandersetzen sollte, die während der Kolonialzeit aus Deutsch-Ostafrika nach Berlin gebracht wurden. Möglicherweise werden seine Arbeiten auch Teil der Tanzania-Ausstellung. Vielleicht wird sein Bild mit dem Adler zu sehen sein.

Das Wappentier des Deutschen Reichs schwebt darauf hoch über dem Kilimandscharo und bringt die Reichskriegsflagge zu dem Vulkankegel. Mit einem Sack voller Menschenknochen fliegt er zurück nach Berlin. „Ich habe es in der Hoffnung gemalt, dass ich irgendwann ein zweites dazustellen kann. Eines das zeigt, wie der Adler zurück zum Kilimandscharo kommt.“ Der Adler soll dann eine schwarz, rot, goldene Flagge tragen und Dinge mitbringen, die aus der ehemaligen Kolonie gestohlen wurden, sagt Douglas Kahabuka. „Ich warte darauf, dass ich dieses Bild malen kann.“

Von: Oliver Noffke, rbb24, 23.02.2020

22. November 2019

19:00 Uhr

Afrika MITTEN in Berlin im Afrika-Haus 2019/4
Lesung
Über Rassismus und Widerstand –
Eine US-amerikanisch-deutsch-äthiopische Lebensgeschichte



**Lesung und Gespräch mit Andreas Nakic,
 Gewaltpräventionstrainer, Marianne Bechhaus-Gerst,
 Afrikanistin und Kulturwissenschaftlerin, und dem
 Schauspieler Sunga Weineck**

Andreas Nakic wird am 16.08.1962 in Denver/Colorado als uneheliches Kind der 19-jährigen weißen US-Amerikanerin Diane Elizabeth Robbie und des äthiopischen Austauschstudenten Bekele Walde Semayat geboren. Er wird zur Adoption freigegeben und nach drei Jahren im Heim von einer weißen deutsch-amerikanischen Familie adoptiert, die bereits vier leibliche Söhne hat. Die Adoptiveltern lassen ihn spüren, dass er anders ist und eigentlich nicht dazu gehört. Psychische wie physische Gewalt prägen das Leben in der Familie. In der Schule, im gesellschaftlichen Umfeld und in der Adoptivfamilie gehören rassistische Übergriffe für ihn zur alltäglichen Erfahrung. Doch Andreas setzt sich zur Wehr, erkämpft mit 17 seine Unabhängigkeit von den ungeliebten Adoptiveltern und beginnt, seinen eigenen Weg zu gehen.

Mit 51 beschließt er, seine leibliche Mutter zu suchen. Die Wiedervereinigung von Mutter und Sohn findet im Herbst 2013 in Köln statt. Schnell stellt sich heraus, dass beider Leben von Lug und Betrug durch ein jeweils vermeintlich wohlmeinendes Umfeld geprägt wurden.

Das Buch entstand auf der Grundlage von Interviews, in denen Andreas seine Lebensgeschichte in seinen eigenen Worten, unzensiert und roh, erzählen konnte. Auch Andreas Mutter kommt zu Wort und beschreibt ihre Erfahrungen mit Verlust und Wiedervereinigung. Ergänzt werden die Interviews und Erfahrungsberichte durch Sachtexte, die helfen sollen, die individuellen Lebensgeschichten in einen größeren historischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen.



Diane Truly, Andreas Nakic



Marianne Bechhaus-Gerst

Buchvorstellung:**Über Rassismus und Widerstand – eine US-amerikanisch-deutsch-äthiopische Lebensgeschichte. Andreas Nakic* Marianne Bechhaus-Gerst mit Diane Truly**

Es war ein alle Anwesenden bewegender Abend am 22. November 2019 im Berliner Afrika-Haus: Die Buchlesung und das Gespräch über das Leben von Andreas Nakic.

Der 1962 in Denver/ Colorado als uneheliches Kind einer weißen US-Amerikanerin und eines aus Äthiopien stammenden Vaters Geborene wird von weißen deutsch-amerikanischen Eltern adoptiert. Sie lassen ihn spüren, dass er nicht zu ihnen und seinen vier neuen Geschwistern gehört. Er erkämpft sich seine Unabhängigkeit und beschließt mit 51 Jahren, seine leibliche Mutter zu suchen. Das Wiedersehen von Mutter und Sohn 2013 in Köln wird für beide zur Gewissheit, dass ihrer beider Leben durch Lügen und Betrug eines vermeintlich wohlmeinenden Umfeldes geprägt wurden.

**Ein Leben konfrontiert mit Lügen und Betrug anderer in einem wohlmeinenden Umfeld**

Das Buch entstand auf der Grundlage von Interviews, in denen Andrea Nakic seine Lebensgeschichte Marianne Bechhaus-Gerst in seinen eigenen Worten, unzensiert und roh, erzählen konnte. Auch Andreas Mutter Diane Truly kommt zu Wort und beschreibt ihre Erfahrungen mit Verlust und Wiedervereinigung. Die das individuelle Schicksal in einen breiten historischen und gesellschaftlichen Zusammenhang einordnenden Texte ergänzen die Biografie des seit 1981 als Trainer für Kampfkunst und Gewaltprävention Tätigen.

Auf dem Podium hatte neben ihm hatte Marianne Bechhaus-Gerst Platz genommen. Die Professorin der Afrikanistik forscht und schreibt seit vielen Jahren zur Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland, zur deutschen Kolonialgeschichte, zum Kolonialismus im Rheinland und zur deutsch-afrikanischen Begegnungsgeschichte.

Sie dankte in ihren, den Abend eröffnenden Worten zunächst dem Metropol Verlag Berlin, der die Veröffentlichung des Buches übernommen hatte, und ordnete anschließend die Geschichte des Andreas Nakic gegenüber den circa 30 Gästen im Publikum in den historischen und gesellschafts-politischen Kontext zu Zeiten der ersten Lebensjahre von Andreas Nakic ein.

Seine ersten Jahre waren den politischen Auseinandersetzungen jener Jahre unterworfen

In seinem Leben spielen zwei Familien eine zentrale Rolle: Seine biologische Familie in den USA und seine Adoptivfamilie in Deutschland. Sie waren den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen jener ersten Lebensjahre von Andreas Nakic ausgesetzt.

Die 1950er und 1960er Jahre waren in den Vereinigten Staaten beziehungsweise Deutschland geprägt von der Rassengesetzgebung in den USA – und einer daraus folgenden rassistischen Familienpolitik – sowie den Auseinandersetzungen in den Familien über Faschismus und Rassismus in den ersten, gesellschaftlich bewussten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der alten Bundesrepublik.

Die Mutter von Andreas Nakic entstammt einer der angesehensten Familien der USA

Andreas Nakic kam am 16. April 1962 im Mercy Hospital, Denver (US-Bundesstaat Colorado), als Reginald Vincent Robbie zur Welt. Die leibliche, bei seiner Geburt 19 Jahre alte Mutter Diane Elizabeth Robbie entstammt einer der angesehensten und bekanntesten Familien in den USA. Sein Großvater Joe Robbie war aus dem Libanon in die USA eingewandert, er lebte den amerikanischen Traum: Der ausgebildete Rechtsanwalt wurde zunächst Staatsanwalt und ging später in die Politik, zu Geld gekommen kaufte er den Football-Club Miami Dolphins. Während des Studiums lernte er seine spätere Frau Elizabeth kennen, die seinen steilen Aufstieg unterstützte. Sie bekamen in zwanzig Jahren elf Kinder.

Als Tochter Diane ungewollt und dazu noch von einem Schwarzen schwanger wurde, folgte sie dem Geist jener Zeit und gab ihr Kind mit Hilfe einer christlichen Organisation zur Adoption frei. Reginald Vincent Robbie kam so nach Deutschland zur Familie Nakic, die bereits vier leibliche Kinder hatte, es aber – ebenfalls dem Zeitgeist folgend – dabei nicht beließ und noch ein schwarzes Kind adoptierte, als Beweis ihrer politischen Grundhaltung.

Vor seiner Adoptivmutter hatte Andreas als kleines Kind panische Angst

Das dies jedoch nicht immer mit der Realität im Einklang stand, die der nun Andreas Nakic heißende Kleine auszuhalten hatte, ließ der Schauspieler Sunga Weineck ahnen, der Passagen wie diese, seine Adoptivmutter Eva betreffende aus dem Buch las:

„Und ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie die Stimmung war, wenn Eva in der Nähe war. Sobald sie in den Raum kam, war Schiss da. Vor dieser Frau – da hatte ich panische Angst. Schon als ich ganz klein war, hatte ich vor dieser Frau Angst. Ich hab da zwar keine konkrete Situation im Kopf, aber sie hat mich von Anfang an massiv verprügelt. Und zwar für die kleinsten Kleinigkeiten. Ob ich was getan hatte oder nicht getan hatte. Oder ob ich was falsch gemacht hatte. Egal. Meine Reaktion

war absolute Verweigerung. Essen war ein Riesenproblem. Ein Riesenproblem! Ich habe das Essen konsequent verweigert.“

Bei aller Härte und Brutalität seines Lebens, die im Buch ungeschönt zur Sprache kommt, wurde eines am Abend des 23. November aber auch deutlich: Andreas Nakic ist im Grunde ein fröhlicher Mensch. Sein Motto, das er sich aus den politischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahren in der Bundesrepublik bis heute erhalten hat, lautet: „Lebe, liebe, lache, kämpfe!“



Buchtip

Andreas Nakic Marianne Bechhaus-Gerst mit Diane Truly: Über Rassismus und Widerstand – eine US-amerikanisch-deutsch-äthiopische Lebensgeschichte. Metropol Verlag Berlin, 2019*

13. Dezember 2019

19:00 Uhr

Afrika MITTEN in Berlin im Afrika-Haus 2019/5

Dem Klimawandel begegnen – Afrikanische Perspektiven

Die primäre Nutzung des Meeres als Quelle vor allem für Nahrung, als Grundlage der Mythenbildung und als möglichem Fluchtweg bei Naturkatastrophen hat sich drastisch verändert. Heute wird das Meer von den Menschen nicht nur als eine kostenlose Ressource ausgebeutet, sondern auch als Mülldeponie genutzt.

Die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit den Folgen thematisiert die Performance

„Jemanja – Der Widerstand des Meeres“.

Die afro-brasilianische Tänzerin und MA-Philosophin **Shirley Rodrigues** wirft in einer tänzerischen Inszenierung unter anderem folgende Fragen auf:

Wie kann die Verschmutzung des Meeres verhindert werden?

Schafft es die Menschheit, eine respektvolle Beziehung mit dem Meer aufzubauen?

Im Anschluss werden **Shirley Rodrigues** und **Dr. Petra Schuster**, Bildungsreferentin für globales Lernen in den Austausch untereinander und mit dem Publikum gehen.



DEM KLIMAWANDEL BEGEGNEN – AFRIKANISCHE PERSPEKTIVEN

Das Meer ist die Quelle unseres Lebens, aus ihm kamen wir dereinst, ganz am Anfang. Zahlreiche Mythen bildeten sich in seinem Umfeld. Nicht zuletzt in Westafrika und – auf der anderen Seite des Atlantiks – in Brasilien. Heute sind die Ozeane dem zunehmendem Klimawandel unterworfen, wird das Meer von den Menschen nicht nur als Fluchtweg aus Armut und Verfolgung genutzt und als kostenlose Ressource ausgebeutet, sondern auch als Mülldeponie missbraucht.

Die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit den Folgen dieses Tuns wurde am 13. Dezember 2019 im Afrika-Haus thematisiert. Es war ein nachdenklich machender Abend in der Bochumer Straße 25, der Fragen wie diese aus afrikanischer Perspektive aufwarf: Wie kann die Verschmutzung des Meeres verhindert werden? Schafft es die Menschheit, eine respektvolle Beziehung mit dem Meer aufzubauen?

Yemanja spült alles an den Strand, was die Menschen achtlos ins Meer warfen

Diesen Fragen ging zunächst **die afro-brasilianische Tänzerin und Philosophin Shirley Rodrigues mit ihrer Performance** „Yemanja – Der Widerstand des Meeres“ nach. Vor der fotografischen Kulisse leidender Meereslebewesen und inmitten von Plastikmüll auf der Bühne inszenierte sie das Leiden der afro-amerikanischen Göttin Yemanja an den Umweltsünden der Menschheit.

Beeindruckend unter anderem das an die Bühnenwand projizierte Seepferdchen, das ein Plastikstäbchen mit Wattebausch, einen Ohrreiner, verschluckt hatte und sich vor Schmerzen zu winden scheint. Vor ihm, gehüllt in eine blaue Plastikplane, Shirley Rodrigues, mit ihren Bewegungen die der Meeresbewohner darstellend, sich gleichsam schwimmend durch den Zivilisationsmüll bewegend, gegen den Strom scheinbar nie versiegenden Abfalls ankämpfend. Sie, die Meerfrau, reckt die Arme mahnend, ihr ist ihre angestammte Umgebung fremd geworden, feindlich, lebensbedrohend. Shirley Rodrigues tanzt Yemanja. Die Göttin hat der Legende nach die Gabe, alles wieder an den Strand spülen zu können, was Menschen verantwortungslos ins Meer geworfen haben.

Eine Bierdose braucht 50 Jahre, um im Ozean zu verrotten

Eine Angelschnur aus Plastik braucht 600 Jahre, um in den Ozeanen zu verrotten, eine Bierdose 50 Jahre. Bilder aus dem sich anschließenden Vortrag der Bildungsreferentin Petra Schuster, die im Gedächtnis bleiben werden. Sie sprach über Legenden und religiöse Riten rund um die Meerese Göttin Yemanja einerseits und die Art und Weise des Missbrauchs der Ozeane und ihrer Bewohner andererseits. In der Konsequenz ging sie der Frage nach, was eine nachhaltige Nutzung der Meere heute bedeuten muss – und was dafür aus traditionellen Lebens- und Arbeitsweisen Afrikas gelernt werden kann.

Wer die Meerese Göttin Yemanja provoziert, muss mit ihrer Wut rechnen

Yemanja ist die Göttin des Meeres und der Mutterschaft in der Religion der Yoruba. Sie wird hauptsächlich im westafrikanischen Nigeria und dem angrenzenden Benin praktiziert und ist Ursprung einer ganzen Reihe religiöser Traditionen, die heute hauptsächlich in verschiedenen Ländern Amerikas blühen. Zu diesen gehört beispielsweise auch Voodoo, wobei die Grenzen sowohl untereinander als auch zum Christentum fließend sind. Die Göttin wird häufig als Wasserfrau dargestellt, repräsentiert z.B. in Brasilien das Salzwasser des Meeres, in Nigeria ist sie eine Flussgöttin im südwestlichen Bundesstaat Ogun. Yemanja ist Mutter der gesamten Menschheit, Hüterin

des Heimes und Schutzpatronin der Seefahrer. Große Festlichkeiten zu ihren Ehren werden in Brasilien am Meeresstrand zelebriert.

Wer jedoch die Großzügigkeit der Leben gebenden Göttin Yemanja missversteht, muss mit ihrer Wut rechnen. Darum ging es im zweiten Teil des Vortrages von Petra Schuster.

Der Niedergang des traditionellen Fischfangs in Afrika ist eine Ursache für Migration

Zum Beispiel das Thema Fisch: Dem Norweger John Fredriksen – Petra Schuster verwies auf einen Beitrag des Dokumentarfilmers Wilfried Huismann („Lachsfieber“) – gehört die größte Tankerflotte der Welt. Mit seiner Firma Marine Harvest ist er mit auch der Größte im Lachsgeschäft und beherrscht die Produktion in Chile, Norwegen, Kanada und Schottland. 100 Millionen Lachse pro Jahr wirft Marine Harvest auf den Weltmarkt. In Chile sterben die Fjorde und die Weltmeere werden leergefischt, um sie in Form von Pellets an die hochgezuchteten Lachse in ihren Zuchtstationen zu verfüttern.



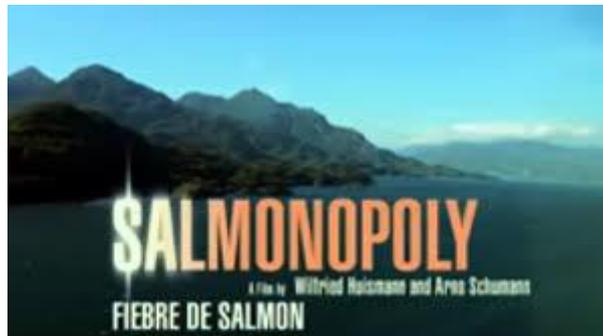
Demgegenüber steht beispielsweise der traditionelle Fischfang in Senegal: ein Boot, ein Fischer, ein Tagesfang. Das ist umweltschonend und nachhaltig. Jedoch zunehmend aussichtslos für die Fischer und somit auch ein Grund für die Migration nach Europa.

Der zweite Teil des Abends war der Diskussion mit dem interessierten und teils sehr fachkundigen Publikum gewidmet. Deutlich wurde: was wir als Selbstverständlichkeit erwarten – beispielsweise frischen Fisch von überall und in bester Qualität zu jeder Jahreszeit – wird zunehmend zu einem Problem für die Umwelt und damit die Zukunft der Menschheit. Rezepte dagegen sind nicht einfach zu finden. Doch es gibt einen zunehmenden Prozess des Umdenkens. In Europa aber auch in Afrika, das sich seiner Ressourcen aber auch seiner Verantwortung immer bewusster wird.



Filmtipp

Wilfried Huisman: Lachsieber – Salmonopoly / Fiebre de Salmón. Mit Arno Schumann,
Kamera: Michael Dreyer, 2010



Weitere Veranstaltungen im Afrika-Haus mit entwicklungspolitischem Bezug

Widerstand im Sudan!

Datum/Zeit

26.02.2019

18:00 Uhr - 20:00 Uhr

Diskussion / Vortrag

Solidarität kennt keine Grenzen!

Widerstand im Sudan

Zeit 26.02.2019, 18:00 – 20:00 Uhr

Seit acht Wochen demonstrieren Menschen im Sudan in Dörfern und Städten gegen die Regierung. Sie fordern Freiheit, ein Ende der Korruption und vor allem das Ende des diktatorischen Regimes von Oumar Al-Bashir, das seit 1989 das Land regiert. Doch die Repression der Demonstrant*innen ist brutal: Seit Beginn der Proteste gab es über 50 Tote, hunderte Verletzte. Außerdem fanden massiv Verhaftungen statt; die Inhaftierten werden an unbekanntem Orten festgehalten.

Über die aktuellen politischen Geschehnisse im Sudan haben die internationalen Medien – anders als bei vergleichbaren Ereignissen in anderen Ländern der Fall war – nicht berichtet. Deshalb laden wir, sudanesischen Aktivist*innen, zu einem Info-Abend ein. Hier geht es zum einen um die aktuelle Situation im Sudan nach dem achtwöchigen Widerstand. Zum anderen wollen wir der Frage nachgehen, warum der Diktator Al-Bashir für Europa in Bezug auf Flüchtlingspolitik und Grenzkontrollen ein wichtiger Kooperationspartner in Afrika ist. Wir wollen Solidarität mit den Menschen im Sudan zeigen. Komm und unterstütze uns!

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Diese Veranstaltung wird organisiert von #SudanUprising Germany und unterstützt von der Rosa Luxemburg Stiftung.

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/8VCXC/solidaritaet-kennt-keine-grenzen/

Tansania auf dem Weg in die Autokratie?

Datum/Zeit

10.04.2019

19:00 Uhr - 20:30 Uhr

AFRIKA-HAUS
BERLIN seit 1993



BERLINER AFRIKAKREIS

Auf dem Weg in die Autokratie? Tansania unter Präsident Magufuli

Mittwoch, 10. April 2019, 19:00 bis 20:30 Uhr

Sprecher: Andreas Quasten (Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tansania)

Nicksoni Filbert (Promotionsstudent International Law, HU Berlin)

Moderation: Michael Schultheiß (INISA e.V.)

Als John Pombe Magufuli 2015 zum Präsidenten Tansanias gewählt war, fand er nicht nur im eigenen, sondern auch in den Nachbarländern viel Bewunderung. In Kenia pflegte man, wenn eine politische Entscheidung diskutiert wurde, zu fragen „what would Magufuli do?“. Der Grund war, dass er auf radikale und unkonventionelle Art sein Versprechen erfüllte, Korruption zu bekämpfen. Er tat dies jedoch von Anfang an an Recht und Gesetz vorbei, entließ willkürlich Beamte und entmachtete Parteigrößen. Lange ging ihm dies bei der Bevölkerung als eigenwillige Form von Populismus durch, man hoffte, dass er das lang etablierte Macht- und Pfründekartell des Landes zerschlagen würde. Doch zunehmend wurde deutlich, dass er bei all seinen politischen Entscheidungen keinen Widerspruch duldet. Die Rechte der Opposition wurden immer mehr eingeschränkt, die Medien gerieten unter Kontrolle, selbst die Jugendkultur und -musik war Repressionen ausgesetzt.

Das zweite und ständig wiederholte Versprechen Magufulis war Tansania zu industrialisieren. Dies führte dazu, dass die westlichen Industrieländer bisher kaum wegen der Menschenrechtsverletzungen ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit einstellten: Man erhofft sich große Investitionsmöglichkeiten. Aber auch diese Hoffnung wird zunehmend enttäuscht. Magufuli zeigt sich als ein Kontrollfreak, er baut auf allen Gebieten bürokratische Regulierungssysteme auf, die als starke Investitionshemmnisse wirken.

Diskutieren Sie mit uns die Perspektiven dieses bisher so friedlichen und freundlichen Landes!

Der Fall der Demokratie in Tansania

Datum/Zeit

12.04.2019

18:00 Uhr - 20:00 Uhr

Der Fall der Demokratie in Tansania

Herr Tundu Antiphas Lissu, Parlamentsmitglied der Oppositionspartei Chadema in Tansania, wird über Menschenrechte und den Fall der Demokratie in Tansania sprechen.

16 Bullets survival
The fall of Democracy in Tanzania

Meet
Honored Tanzanian MP
Tundu Antiphas Lissu

12th April 2019
18 - 20 Hr
Face to face

Afrika Haus
Bochumer Str. 25,
10555 Berlin

Contact : 030 3922010

The poster features a photograph of Tundu Antiphas Lissu, a man in a dark suit, red tie, and glasses, wearing a purple lanyard with a badge. The background is a colorful graphic with red, blue, and yellow elements.

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/demokratie-in-tansania-ist-in-gefahr/>

Neuer Präsident, alte Seilschaften?

Die DR Kongo vier Monate nach den Präsidentschaftswahlen

Datum/Zeit

07.05.2019

18:00 Uhr - 19:30 Uhr

AFRIKA-HAUS
BERLIN seit 1993

ökume
nisches
ne
zentral
afrika

Das Ökumenische Netz Zentralafrika und das Afrika-Haus Berlin laden ein zum Podiumsgespräch:

Neuer Präsident, alte Seilschaften?

Die DR Kongo vier Monate nach den Präsidentschaftswahlen

Dienstag, 07. Mai 2019, 18:00 bis 19:30 Uhr im Afrika-Haus

Gäste:

Père Clément Makiobo (Generalsekretär der Kommission Episcopale Justice & Paix)

Mgr Fidèle Nsielele (Präsident der Kommission Episcopale Justice & Paix)

Dominic Johnson (taz – die tageszeitung)

Moderation: Gesine Ames (ÖNZ)

Vier Monate nach den mehrmals verzögerten Präsidentschaftswahlen in der DR Kongo steht das Land vor vielen Herausforderungen. Die Sicherheitslage hat sich in mehreren Regionen verschärft, der Wahlzyklus ist noch nicht beendet, die humanitäre Situation verschlechtert sich. Zwar steht mit Félix Tshisekedi, den die Wahlkommission CENI unter offensichtlicher Wahlfälschung im Januar 2019 zum Präsidenten ernannte, nun ein neues Staatsoberhaupt an der Spitze des Landes, aber der ehemalige Präsident Joseph Kabila und sein engerer Kreis besitzen weiterhin viel Einfluss und eine Mehrheit im Parlament.

Unter welchen Bedingungen ist ein demokratischerer Neustart im Land möglich? Wird Präsident Tshisekedi sein Wahlversprechen einlösen, gegen die Korruption im Land vorzugehen und mehr Gerechtigkeit und Sicherheit zu schaffen? Wie wird mit den unzähligen Fällen an Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Milizen und die eigenen Sicherheitskräfte im Vorfeld der Wahlen umgegangen? Wie verhält sich das Militär zu dem neuen Präsidenten?

Diese und andere Fragen zum Wahlvorgang, dem Ausgang der Wahlen wollen wir mit unseren Gästen diskutieren.

Die Veranstaltung findet mit deutsch-französischer Simultanübersetzung statt.

Mein Leben für Afrika – Erinnerungen. Mit Beiträgen von Kollegen, Schülern, Freunden“

Datum/Zeit

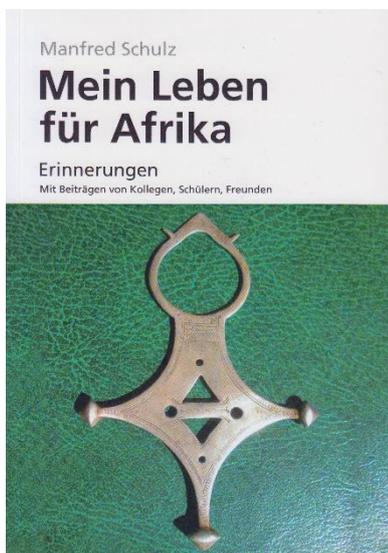
22.05.2019

18:00 Uhr - 19:30 Uhr

Prof. Dr. Manfred Schulz und das Afrika-Haus Berlin laden ein zur Buchvorstellung:

„Mein Leben für Afrika – Erinnerungen. Mit Beiträgen von Kollegen, Schülern, Freunden“

Mittwoch, 22. Mai von 18:00 bis 19:30 Uhr



Vortragender: Prof. Dr. Manfred Schulz

Moderation: Dr. Hannelore Börgel

Prof. i.R. Dr. Manfred Schulz, ehemaliger Professor für „Soziologie der Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung Afrikas südlich der Sahara“, öffnet die Schatztruhe seiner Erinnerungen. Er zieht den biographischen Spannungsbogen von seiner Wahrnehmung der deutschen Provinz der Nachkriegszeit, wie er sie als Flüchtling aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wahrnahm, hin zu seinem Wirken als Wissenschaftler. Allein seine Forschungsreisen nach Afrika betrug zusammen gut fünf Jahre.

Zu einer Zeit, in der die Flüchtlingsproblematik zu einem zunehmend diskutierten Thema geworden ist, betrachtet er die Schilderung seiner auf seinen Forschungsreisen gewonnenen Erkenntnisse als Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion.

„Meine Biographie ist problemorientiert, d.h. im Wesentlichen ansetzend am Hungerphänomen. Sie möchte gerne auch problemlösend sein am Beispiel der Gestaltung der Ernährungswirtschaft in Afrika. Ein Aspekt, der derzeit unter den Nägeln brennt, ist die Frage, ob junge Männer in eine produktive Landwirtschaft integriert werden können, um dem Migrationsdruck zu begegnen. Als Instrument könnte meines Erachtens die Landwirtschaftsberatung dienen. Dieser organisatorische Ansatz (...) ist das Konzept, das mich jahrelang beschäftigt hat.“ (aus dem Vorwort)

Das berufliche Engagement von Manfred Schulz richtete sich stets auf eine nachhaltige Entwicklung in afrikanischen Ländern und auf eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit. Sein Werk ist damit zugleich ein Plädoyer für diesen wichtigen Sektor des internationalen Zusammenhalts.

Der Band wird ergänzt durch Beiträge von Freunden, Kollegen sowie Schülern des Autors und gibt interessante Denkanstöße, die weit über eine gewohnte Biographie hinausgehen.

In der Lesung werden die Memoiren von Prof. Dr. Manfred Schulz präsentiert. Zunächst werden Passagen über Äthiopien vorgelesen; danach folgen Auszüge zur Demokratischen Republik Kongo. Die an der Arbeit mitbeteiligten Kollegen sind eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Mit Karamba in den Bundestag

Datum/Zeit

21.10.2019

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Dr. Karamba Diaby im Afrika-Haus Berlin

Dr. Karamba Diaby

geboren im Senegal, kam 1985 zum Studieren in die DDR – und blieb. Nach vielfältigem Engagement gegen Rassismus wurde er 2009 in den Stadtrat von Halle gewählt und zog 2013 in den Deutschen Bundestag ein. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

„Mein Weg vom Senegal ins Parlament“ – eine einzigartige und unwahrscheinliche Lebensgeschichte.

Dr. Diaby berichtet und stellt Ausschnitte seines 2017 erschienenen Buches vor, in dem er die Vision einer offenen und zukunftsfähigen Gesellschaft zeichnet.



Moderation: **Eva Sudholt**, Redakteurin bei der *Welt am Sonntag*



Buchtipp

Mit Karamba in den Bundestag.
Mein Weg vom Senegal ins
deutsche Parlament, Verlag
Hoffmann und Campe, 2016

Gefördert durch die *Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales*

**Partizipations- und
Integrationsprogramm**



Vortrag: Erinnern und Vergessen. Postkoloniale Gedenkkultur in Deutschland

Datum/Zeit

15.08.2019

19:00 Uhr - 20:30 Uhr

Begleitprogramm im Afrika-Haus zur Ausstellung im Rathaus Tiergarten

„Was treiben die Deutschen in Afrika??“

Deutschland und Kamerun in Fotos aus dem

Bundesarchiv (1880 bis heute)



Im Rahmen der Wanderausstellung „Was treiben die Deutschen in Afrika“ des Bundesarchivs in Kooperation mit dem Goethe-Institut Kamerun und dem Mitte Museum, in der an Deutschlands koloniale Vergangenheit in Westafrika erinnert wird, finden auch Veranstaltungen im Afrika-Haus statt.

Vortrag im Afrika-Haus

Erinnern und Vergessen. Postkoloniale Gedenkkultur in Deutschland

Ein Vortrag von Dr. Joachim Zeller

Donnerstag, 15. August 2019, 19:00 bis 20:30 Uhr

Der Vortrag setzt sich kritisch mit der kolonialen Vergangenheit und der postkolonialen Gegenwart Berlins auseinander und legt den Fokus auf kaum bekannte Aspekte der Berliner Stadtgeschichte.

Dr. Joachim Zeller, Berliner Historiker und Autor mit namibischen Wurzeln, forscht zu Themen der deutschen Kolonialgeschichte und des Postkolonialismus.

Veranstalter: Mitte Museum

Mozambique – Quo vadis?

Datum/Zeit

11.11.2019

19:00 Uhr - 20:30 Uhr

**AFRIKA-HAUS
BERLIN** seit 1993



BERLINER AFRIKAKREIS Mozambique – Quo vadis?

Gespräch mit Paula Monjane

Montag, 11. November 2019, 19:00 bis 20:30 Uhr

Die Veranstaltung findet auf **Englisch** statt.

Sprecher:

Paula Monjane (Executive Director Centro de Aprendizagem e Capacitação da Sociedade Civil, CESC)

Dr. Judith Vorrath (Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik)

Moderation: Andreas Baumert (INISA e.V.)

Mit Paula Monjane wollen wir die aktuellen politischen Entwicklungen in Mosambik erörtern und die Herausforderungen nach den Wahlen, durch mögliche Erdgasförderungen und illegale Schulden diskutieren: Am 8. August 2019 wurde ein Friedensabkommen zwischen der RENAMO und der FRELIMO unterzeichnet, welches den Weg für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ebnet, die am 15. Oktober anstanden. Ein militärischer Flügel der RENAMO lehnt dieses Abkommen jedoch ab und droht mit Waffengewalt. Außerdem kam es im Vorfeld bei den Wählerregistrierungen zu Unregelmäßigkeiten, v.a. hinsichtlich der Neuverteilung der Sitze nach Provinzen, von denen die FRELIMO profitiert.

In der nördlichsten Provinz Cabo Delgado laufen die Vorbereitungen für den Erdgasabbau im Rovuma-Becken auf Hochtouren. Die mosambikanische Regierung erhofft sich für die Zukunft große Gewinne und hat einen Teil der Einnahmen bereits für den Schuldenabbau einkalkuliert. Gleichzeitig häufen sich in dieser Region seit zwei Jahren die Überfälle auf Dörfer durch nicht eindeutig zurechenbare Terrorgruppen mit bisher mindestens 350 Toten und es herrscht ein Klima der Angst bei der lokalen Bevölkerung.

Durch Aussagen ehemaliger Mitarbeitender von Credit Swiss, die in den USA vor Gericht stehen, wird deutlich, dass sich ein Netzwerk von mosambikanischen Politiker*innen (darunter der ehemalige Finanzminister Mosambiks), einer Investmentfirma aus Abu Dhabi und Bankangestellten von Credit Swiss und VTB massiv an den Krediten bereichert hat. „Eu não pago!“ – „Ich zahle nicht!“ hieß es in einer Kampagne des Centro de Integridade Pública bezüglich der illegalen Schulden, an der sich in kürzester Zeit viele Menschen in Mosambik beteiligten. Mittlerweile wurden die Schulden vom mosambikanischen Verfassungsgericht als illegal eingestuft.

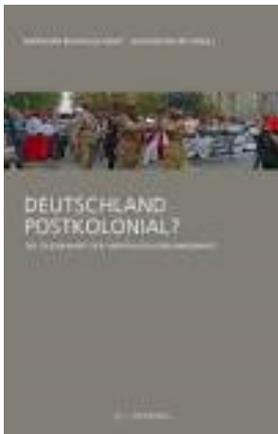
WEITERFÜHRENDE BUCHTIPPS

Afrotopia, von: Felwine Sarr, Matthes & Seitz Berlin, 2019



Ein halbes Jahrhundert nach der Unabhängigkeit wird es Zeit, dass sich Afrika von dem kolonialen Blick und dem zerstörerischen Entwicklungsweg des Westens befreit und sich auf seinen verschütteten geistigen Reichtum besinnt. Eine revolutionäre Vision für ein selbstbewusstes Afrika, dem Kontinent der Zukunft.

Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, von Marianne Bechhaus-Gerst und Joachim Zeller, Metropol-Verlag Berlin, 2018



Der Umgang mit der Kolonialgeschichte, die hierzulande lange im Schatten der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Holocaust stand, unterliegt gegenwärtig einem grundlegenden Wandel. Zwar zählt auch Deutschland faktisch zu den postkolonialen Gesellschaften Europas, doch ist diese Tatsache kaum in das Bewusstsein der Menschen und in das Handeln der Politik vorge-dungen. Der Sammelband zieht Bilanz und will zugleich die notwendige Auseinandersetzung um eine Dekolonisierung globaler wie lokaler Machtverhältnisse und eine Dekolonisierung der immer noch dominierenden Wissens- und Deutungsmacht des Westens anregen. Die aktuellen Debatten um den Völkermord an den Herero und Nama oder die koloniale Beutekunst im geplanten Humboldt Forum in Berlin richten den Fokus ein ums andere Mal auf eine koloniale Vergangenheit, die nicht vergehen will.

Zurückgeben. Über die Restitution Afrikanischer Kulturgüter, von Felwine Sarr, Bénédicte Savoy, et al., Matthes & Seitz Berlin, 2019



Der für den französischen Präsidenten verfasste Restitutionsbericht über die afrikanischen Kulturgüter löste europaweit eine hitzige Debatte aus. Er zeichnet die oftmals gewalttätige Geschichte der Erwerbung afrikanischer Kulturobjekte durch die Europäer nach und fordert die konsequente Rückgabe der unrechtmäßig angeeigneten Stücke. Die breite gesellschaftliche Diskussion über die Restitution kann ein Anstoß sein für ein neues Gespräch zwischen Afrika und Europa und möglicherweise ein erster Schritt hin zu einem neuen Verhältnis auf Augenhöhe.

Menschenhandel, Migrationsbusiness und moderne Sklaverei: Menschen gefangen zwischen afrikanischen Herkunftsländern und europäischen Staaten, von Jan-Philipp Scholz, Brandes & Apsel Frankfurt a. M., 2019



Mehr als 10.000 Migranten sind alleine seit 2016 auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen. Das Thema hat Europa in eine tiefe politische und gesellschaftliche Krise gestürzt – während die einen auf immer mehr Abschottung setzen, sehen die anderen im unaufhaltsam voranschreitenden Aufbau der Festung Europa einen Ausverkauf europäischer Werte und Ideen. Dabei gerät oft in Vergessenheit: Die Migranten vor den Toren Europas sind lediglich die Spitze des Eisbergs. Das wahre Migrationsdrama findet innerhalb Afrikas statt – weit weg von den Augen der Weltöffentlichkeit und den Einsatzgebieten staatlicher und ehrenamtlicher Seenotretter.

IMPRESSIONEN













Impressum

Herausgeber: Oumar Diallo

Diese Broschüre entstand in gemeinsamer Arbeit
des Teams von Farafina / Afrika-Haus e.V.

Unser Dank gilt den zahlreichen
Unterstützer*innen unserer Arbeit.

Für sämtliche Texte ist der Verein Farafina /
Afrika-Haus e.V. inhaltlich verantwortlich.

AFRIKA - HAUS BERLIN seit 1993

Bochumer Str. 25 | 10555 Berlin | Tel.: 030 392 20 10
afrikahaus@t-online.de | www.afrikahaus-berlin.de

- **Transkultureller Treffpunkt**
- **Vorträge**
- **Lesungen**
- **Filmvorführungen**
- **Workshops**
- **Diskussionsrunden**
- **Ausstellungen**
- **Konzerte**
- **Beratungen**



2019